Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162. Montag, den 14. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die dänische Sozialdemokratie und die Ministerkrise.

Von Th. Stanning.

Nachdem die sonderbare politische Situation der letzten Zeit nur ihren vorläufigen Abschluß gefunden, möchte ich in nachfolgenden Zeilen der Internationale einige Mitteilungen geben, indem ich davon ausgehe, daß diese auch außerhalb der Grenzen unseres Landes Interesse erwecken können.

In Dänemark herrscht das Zweikammersystem. Das Folkething besteht aus 114 Mitgliedern ,die von allen Männern über 30 Jahre gewählt werden; das Landsthing besteht aus 66 Mitgliedern, von denen 12 von dem König (der Regierung) ernannt werden, 27 von denselben Wählern gewählt werden, die das Wahlrecht zum Folkething besitzen, während die übrigen 27 von den Höchstbesteuerten in den Kommunen, und zwar nach einem System gewählt werden, durch welches namentlich die 1100 Großgrundbesitzer des Landes einen entscheidenden Einfluß auf das Landsthing ausüben können.

Im Landsthing besitzen gegenwärtig die Konservativen 34 Mandate, obgleich sie bei der letzten Wahl zum Folkething nur 82 000 Stimmen aufbrachten; die Linke besitzt 24 Mandate bei einer Wählerzahl zum Folkething von 100 000 Stimmen; den Radikalen gehören 4 Mandate; diese hatten bei der letzten Wahl zum Folkething 68 000 Stimmen, während die Sozialdemokratie, welche bei der letzten Wahl zum Folkething 107 000 Stimmen erhielt, ebenfalls nur 4 Mandate besitzt.

Gegen diese Verfassung, die der Oberklasse solche bedeutenden Vorrechte im politischen Leben gibt, hat die Sozialdemokratie mit aller Kraft agitiert und das gleiche und allgemeine Wahlrecht für alle Frauen und Männer gefordert.

Im Oktober 1912 suchte die Regierung der Linken diese schon oft gestellte Forderung zu erfüllen, indem sie einen Entwurf zu einer revidierten Verfassung vorlegte, nach welchem das Privilegienwahlrecht abgeschafft, die zwei Kammern dagegen aufrecht erhalten werden sollten.

Der Entwurf gab den Frauen das Wahlrecht und setzte die Altersgrenze für alle Wähler auf 25 Jahre herab. Das Landsthing sollte aus Erwählten der kommunalen Vertretungen zusammengesetzt werden. Die Altersgrenze bei der Wahl zu den kommunalen Vertretungen ist 25 Jahre und die Frauen haben hierbei ebenfalls das Wahlrecht, jedoch ist dasselbe (für alle Männer und unverheirateten Frauen) von einer Steuerleistung abhängig; da hier aber keine Grenze festgesetzt ist, haben in der Praxis beinahe alle 25jährigen Frauen und Männer das Wahlrecht erhalten.

Die Sozialdemokratie brachte einen Gesetzentwurf zur Einführung des Einkammersystems ein; als derselbe scheiterte, schlossen sich unsere Vertreter im Reichstage der Regierungsvorlage an.

Die Regierungsvorlage, die von der Sozialdemokratie und der radikalen Linken unterstützt wurde, wurde nun zur Wahlparole bei der Wahl zum Folkething im Mai dieses Jahres; hierbei gewann die Sozialdemokratie 10 000 Stimmen und acht neue Kreise. Die radikale Linke gewann 11 neue Mandate. Diese beiden Parteien bildeten nun mit 32 resp. 31 Vertretern die Majorität im Folkething gegenüber den 44 Mandaten der gemäßigten Linken und 7 der Konservativen.

Nach diesem Wahlergebnis verlangte die Regierungspartei, die gemäßigte Linke, daß die Sozialdemokraten und die Radikalen die Regierung übernehmen sollten, und gab gleichzeitig die Erklärung ab, eine solche Regierung in der Verfassungsfrage unterstützen zu wollen.

Das Wahlergebnis zeigte ein unzweideutiges Eintreten der Wähler für das gleiche und allgemeine Wahlrecht. Die Sozialdemokratie erhielt 107 000, die Linke 100 000, die radikale Linke 68 000. Diese 275 000 Stimmen wurden für den Verfassungsentwurf der Regierung abgegeben, die drei Parteien zusammen erhielten 107 Vertreter im Folkething. Gegen den Verfassungsentwurf stimmten 85 000 (82 000 Konservative und 3000 außerhalb der Parteien Stehende) und diese erhielten 7 Mandate.

Die Sozialdemokratie machte auf Grundlage dieses Wahlergebnisses geltend, daß die größte Fraktion (die Linke) die Pflicht habe, die Regirung weiterzuführen, wodurch ihr die Möglichkeit gegeben wäre, mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Radikalen, ihren Verfassungsentwurf zum Siege zu führen. Statt dessen reichte das Ministerium seine Demission ein, und als der Reichstag am 12. Juni zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, war die Ministerkrise zur Tatsache geworden.

Der König berief nun die Führer der Parteien, in der Reihenfolge der Stärke ihrer Pateien im Folkething, zu einer Beratung über die Krise.

Der Führer der Linken verwies den König an die genannten beiden Oppositionsparteien; deren Führer machten jedoch geltend, daß die Linke sowohl nach dem Wahlresultat als nach den allgemeinen parlamentarischen Regeln die Regierung weiterführen müsse, bis sich gegen sie eine Majorität im Folkething gebildet habe. Die Linke hielt aber gleichwohl an ihrem Standpunkt fest, wodurch eine recht eigentümliche Situation eintrat.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte nun im Folkething den Antrag, die Kammer möge dem König den Wunsch aussprechen, daß die bisherige Regierung im Amte bliebe, indem man dieser zugleich die Unterstützung auf Basis der bestehenden Gesetze zusicherte, bis ihre Arbeit für die Verfassungsvorlage beendigt wäre.

Die Regierungspartei brachte dagegen eine Tagesordnung ein, in der die Demission der Regierung gutgeheißen wurde. Diese Tagesordnung wurde freilich verworfen, aber da die Mitglieder der Regierung aus Parteirücksichten selbst für diese stimmten, war der von unserer Partei gewiesene Weg versperrt.

Der König wandte sich nun wiederum an unseren Parteivorsitzenden mit der Frage, ob er und seine Partei die Bildung der Regierung, eventuell mit anderen, übernehmen wolle. Obwohl die Sozialdemokratie selbstredend prinzipiell dagegen ist, in die Regierung einzutreten, solange die Partei nicht die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite hat, gab der Vorsitzende namens der Fraktion die Erklärung ab, daß man, im Falle dieser Weg zum Ziele führen könnte, einem Parteikongreß empfehlen wolle, an der Bildung einer Regierung aus den drei Parteien, welche in der Verfassungsfrage einig wären, mitzuwirken.

Der König erklärte aber, daß die Linke im voraus sich geweigert hätte, an einem solchen Arrangement teilzunehmen, und deshalb mußte dieser Plan aufgegeben werden.

Hierauf frug der König den Führer der radikalen Linken, ob er die Bildung einer Regierung übernehmen könne, und dieser bat sich Bedenkzeit aus.

Von der radikalen Linken wurde darauf folgende Anfrage an die Sozialdemokratie gerichtet:

„Teilt die Sozialdemokratie die Anschauung der radikalen Linken, daß das kommende Ministerium — nachdem die Bildung eines Ministeriums aus den drei Parteien, die den Verfassungsentwurf des abgehenden Ministeriums unterstützt haben, durch die ablehnende Haltung der Linken unmöglich gemacht worden ist — nicht aus zwei dieser Parteien gebildet werden kann, wenn die dritte Partei außerhalb bleibt?

Sollte die Sozialdemokratie diese Anschauungen teilen, so entsteht die Frage — da die Linke die Regierung nicht bilden will — ob die Sozialdemokratie sich denken könnte, diese Aufgaben zu übernehmen? In einem solchen Fall würde die radikale Linke dem König mitteilen, daß sie nicht wünscht, das Ministerium zu bilden, aber daß sie einem eventuellen sozialdemokratischen Ministerium ihre Unterstützung gewähren würde zur Durchführung der Verfassungsfrage.

Sollte die Sozialdemokratie nicht wünschen, diese Aufgabe zu übernehmen, so erwartet die radikale Linke, daß die Sozialdemokratie einem radikalen Ministerium dieselbe Unterstützung gewähren wird, welche bei der Adreßdebatte dem Ministerum Berntsen versprochen worden ist.“

Nach einer Konferenz der beiden Parteivorsitzenden gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Antwort:

„In dem die Sozialdemokratie die Auffassung teilt, daß unter der gegenwärtigen Situation ein Ministerium aus den beiden Parteien, die die Verfassungsänderung unterstützen, während die dritte Partei außerhalb steht, nicht gebildet werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit — da sie die Bildung des Ministeriums nicht zu übernehmen wünscht —, einer Regierung der radikalen Linken während ihrer Arbeiten zur Durchführung der Verfassungssache auf eine ähnliche Weise ihre Unterstützung angedeihen zu lassen, wie sie bei der Adreßdebatte dem Ministerium Berntsen zugesichert worden ist.“

Daraufhin übernahm die radikale Partei die Bildung der Regierung. Diese besteht nun aus Mitgliedern der radikalen Partei und wird von der Sozialdemokratie unterstützt. Nach der Programmrede des Chefs der Regieru..g hat diese sich die Aufgabe gestellt, die Verfassungsfrage in der kommenden Session des Reichstages zu erledigen. Sollte es nicht gelingen, den Entwurf im Landsthing, in welchem, wie erwähnt, eine konservative Mehrheit sich dagegen stemmt, zur Annahme zu bringen, so wird die Regierung wahrscheinlicherweise versuchen, durch die Auflösung des Landsthings — inklusive der vom König ernannten Abgeordneten — eine andere Mehrheit und dadurch die Möglichkeit einer endgültigen Lösung der Sache zu verschaffen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Beutezug der Gemüsebauern.

Einen gehörigen Fischzug wollen die Handelsgärtner und Gemüsebauern gelegentlich der nächsten Handelsverträge machen. Zu einem hohen Zoll auf ihre Produkte ist es bei den letzten Verhandlungen nicht gekommen, weil die verschiedenen Standesvereinigungen sich über die Höhe ihrer Forderungen nicht einigen konnten. Dieser Uebelstand soll diesmal von vornherein vermieden werden und alle am Gemüsebau beteiligten Kategorien tagen gegenwärtig gleichzeitig in Breslau, um ihre Forderungen an die Regierung zu formulieren. Wie sie das anstellen, zeigt, daß sie gelehrige Schüler des Bundes der Landwirte sind. Der Referent in der Versammlung der Handelsgärtner, ein Herr Beckmann, rief in den Saal: „Wir sind zwar keine Millionäre, aber die Ausgabe für die neue Heeresvorlage zwingt uns, für neue Einnahmen zu sorgen! Wo bleibt die Gegenleistung der Regierung? 1813 hat das Volk unser Land von der Fremdherrschaft Napoleons befreit, jetzt möge die Regierung ihre Versprechungen wahrmachen und uns von der Fremdherrschaft der ausländischen Gemüse befreien!“ Man sieht, der hohe Idealismus des deutschen Landwirts wetterleuchtet förmlich in diesen Argumenten, in denen die Herrschaften auch die Rückzahlung des Wehrbeitrages durch die minderbemittelte Bevölkerung schon berechnet haben. Nicht viel milder ging der Referent im Verein der Gemüsezüchter, Herr Buhl-Friedenau ins Zeug, der sich über die Unmassen ausländischer Gemüse beklagte, die in Deutschland eingeführt und gegessen werden. Der deutsche Gemüsebau sei vom Reich stiefmütterlich behandelt worden, von den 22 Millionen (?), die für die Landwirtschaft ausgegeben seien, habe der Gemüsebau gar nichts erschnappt. Die wahren Freunde der Gemüsebauern seien die rechtsstehenden Parteien, denn die Linke habe den Kartoffelzoll aufgehoben! Schließlich nahm man folgende Resolution an:

„Die heute zu Breslau in der Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Gemüsezüchter zahlreich versammelten Gärtner und Landwirte erkennen dankbar die von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Förderung des heimischen Gemüsebaues an. Sie erblicken jedoch einmütig in einem ausreichenden, bisher einseitig vernachlässigten Zollschutze für unser deutsches Gemüse den sichersten und mächtigsten Hebel sowie den wirksamsten Anreiz, dem deutschen Gemüsebau die ihm gebührende Stelle in unserer Landeskultur und Volkswirtschaft zu verschaffen.“

Zu beachten ist besonders, daß sich dennoch sofort ein Regierungsvertreter, Geheimrat Bönisch erhob und sein Einverständnis mit den Forderungen der Gemüsebauern aussprach; er stellte überdies den Gärtnern in Aussicht, daß ihnen von der preußischen und der Reichsregierung alle Förderung werden würde. Die Höhe der Zollforderungen wird vorläufig noch geheim gehalten, soll aber Ende Juli in der Fachpresse publiziert werden.

Die deutschen Hausfrauen werden dann ihr blaues Wunder erleben.

Ein Zentrumsvorschlag für die preußische Wahlreform.

In der „Köln. Volksztg.“ macht ein Zentrumsmann den Vorschlag, sich mit den bürgerlichen Parteien etwa auf folgender Basis zu einer Wahlreform zu einigen: 1. Wahlpflicht. 2. Geheime Stimmabgabe. 3. Direkte Wahl. 4. Verhältniswahl in den einzelnen Regierungsbezirken. 5. Zuteilung von Mehrstimmen für Alter, Arbeitseinkomemn und Familiengründung. Der Zentrumsmann glaubt, daß eine Einigung am leichtesten sein werde, wenn sie auf einer Basis erfolge, die den einzelnen Parteien jede Berechnung unmöglich mache, ob sie Gewinn oder Verlust davontragen.

Die Verwaltungskosten der Angestelltenversicherung.

Die hohen Verwaltungskosten der neuen Angestelltenversicherung rufen selbst den Protest gutgesinnter Blätter hervor. Vor einigen Tagen beschwichtigte daher die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit folgendem Hinweis: „Die Ein-

nahmen der Reichsversicherungsanstalt betragen gegenwärtig jährlich 150 Millionen Mark. Danach machen die Verwaltungskosten nur etwa 1½ Prozent aus gegenüber 7—8 % bei der privaten Lebensversicherung und bei der Invalidenversicherung. Sie sind also außerordentlich niedrig und werden auch später, wie mit Sicherheit angenommen werden darf, den in der Begründung zu dem Gesetzentwurf in Aussicht genommenen Betrag von 2 % nicht wesentlich übersteigen."

Wie hoch sind nun diese Ausgaben im einzelnen? Darüber geben die „Berl. Neuest. Nachr." Aufschluß. Sie schreiben: „Der Aufwand der Reichsversicherungsanstalt für die Angestelltenversicherung an Verwaltungskosten erreicht in ihrem diesjährigen Haushaltsplan die Summe von 1 853 000 Mark, obwohl die Anstalt noch in den Anfängen der Organisation steckt und erst ausgebaut werden muß. Es entfallen auf die Besoldung des Direktoriums und der höheren Beamten 125 000 Mark, Besoldung der übrigen, in acht Klassen eingeteilten Beamten und Beamtinnen 800 000 Mark, Besoldung der vorübergehend beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen 230 000 Mark, Besoldung der höheren Beamten des Rentenausschusses 11 400 Mark, für außergewöhnliche Hilfsleistungen (Ueberstunden) 38 000 Mk., Gratifikationen und Unterstützungen 23 000 Mk., Tagegelder und Aufwandentschädigungen der Beamten 30 000 Mark, Porto, Schreibmaterial, Miete usw. 311 800 Mark, Reisekosten und Portoauslagen der Vertrauensmänner 158 000 Mark, für den Verwaltungsrat 10 000 Mark. Für das Beitragsverfahren, das sich aus Ausgaben für Drucksachen und Karten, aus Ueberwachungskosten, Herstellung von Marken und aus Kosten des Postscheck- und Bankverkehrs zusammensetzt, sind 485 000 Mark vorgesehen."

Diese vielen Hunderttausende verschlingt also allein der Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung. Je weiter die Anstalt fortschreitet, um so größer werden vermutlich gemäß die Aufwendungen noch werden. Und da bei der Leistung der Beiträge zu dieser Versicherung auch die Unternehmer beteiligt sind, so ist die Klage der Blätter, wie die „Berl. Neuest. Nachr.", verständlich. Aber um so verwunderlicher ist es, daß das Blatt erst jetzt, so verspätet, sich den Vorschlag zu eigen macht und vertritt, den die Sozialdemokratie im Reichstage bei Beratung des Gesetzentwurfs mit aller Energie durchzusetzen suchte. Das Blatt klagt nämlich: „Ein schwerer, leicht vermeidlicher Fehler war es von den Gesetzurhebern, für die Angestelltenversicherung eine eigene Organisation zu schaffen, deren Unterhaltung natürlich vor dem finanziellen Aufbringen des fraglichen Versicherungszweiges unverhältnismäßig viel verbrauchen muß. Man wollte aber damals nicht dem von allen Einsichtigen gegebenen Rate folgen, der dahin ging, die Angestelltenversicherung an die Arbeiterversicherung anzugliedern. Welche großen Ersparnisse bei einer Handhabung beider Versicherungskarten durch dieselben Stellen hätten gemacht werden können, liegt auf der Hand und kann wohl nur von denen gering veranschlagt werden, die sich über ein unverantwortliches Wirtschaften mit von andern erworbenen Mitteln keine Gedanken machen und den rein politischen Erwägungen den Vorzug vor einem vernunftgemäßen kaufmännischen Rechnen geben."

Der Vorwurf ist an die Adresse der regierungstreuen Parteien des Reichstags zu richten, die ja eine einheitliche Versicherung nicht wollten, um so den „neuen Mittelstand" als einen Sturmbock gegen die Sozialdemokratie zu stärken.

Das goldene Kalb des Klerus ist krank.

In der ultramontanen Presse findet man täglich hämische Bemerkungen darüber, (daß nach einem beispiellosen Aufstieg der letzten Jahre) unsere Parteiorganisation an manchen Orten infolge der ungünstigen Wirtschaftslage einen vorübergehenden Stillstand verzeichnen muß. Man jubelt, daß die Arbeiter endlich einzusehen beginnen, wie unnütz es ist, ihre Groschen den Parteikassen zuzuführen, damit die Angestellten ein angenehmes Leben führen können. Wie immer, schließen die guten Leute auch hier nur von sich auf andere, denn Tatsache ist, daß das goldene Kalb, um das die Zentrumspriester tanzen, schwer krank ist und daß der Bettel um Geld immer weniger einbringt.

So beklagt sich Pfarrer Dr. Piontek aus Köslin im „Schlesischen Bonifaziusvereinsblatt", daß im frommen Oberschlesien die Kollekten für den Bonifaziusverein nichts mehr einbringen. Mancher dürfte „erstaunt gewesen" sein, oder „unwillig den Kopf geschüttelt" haben, der die Zusammenstellungen über die Ergebnisse der Kollekten für den Bonifaziusverein durchgesehen habe. In Königshütte sind auf je 1000 Katholiken nur 1,27 Mark erbettelt worden. In Gleiwitz, Sorau Oberschl. und Myslowitz brachte die Bettelei auf je 1000 Katholiken nur 1,36 Mark. In Beuthen bringt die Bonifaziuskollekte in einer Pfarrei mit 10 000 lebendigen Seelen schon drei Jahre lang nur immer 10 Mark. In Königshütte gibt es eine Pfarre, die seit 1911 nur 2 Mark jährlich für den heiligen Bonifaz opfert. Dem Artikel fehlte nichts, als daß der Verfasser darauf hingewiesen hätte, daß Oberschlesien nicht nur das gelobte Land der größten Frömmigkeit ist, sondern daß dort auch die reichsten katholischen Magnaten von ganz Europa sitzen, denen der heilige Bonifaz anscheinend überhaupt nichts mehr gilt.

Der Artikel hat in den oberschlesischen Zentrumskreisen nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Pfarrer Nassek in Tarnowitz weist die Vorwürfe seines Amtsbruders energisch zurück. Oberschlesien sei ein armes Land. Zudem hätten die armen Familien meist 8—10 Kinder zu ernähren. „Dazu kommt", heißt es wörtlich, „daß ein großer Teil der oberschlesischen Industriebevölkerung infolge der Verhetzung vom kirchlichen Leben immer mehr abrückt und in das sozialistische Lager übergeht. Die letzte Reichstagswahl 1912 hat in dieser Richtung eine sehr deutliche, drastische Sprache gesprochen." Ferner soll an den schlechten Ergebnissen des Bettels schuld sein, daß die polnischen Katholiken den Bonifaziusverein als einen Germanisationsverein ansehen. Und nicht zuletzt wird auf die große Notlage der Bevölkerung infolge der herrschenden Teuerung hingewiesen, wobei freilich zu sagen vergessen wird, daß hieran die Zentrumspolitik die Hauptschuld trägt.

Die frommen Zentrumsbrüder werden also gut tun, sich zunächst einmal um die „opferfreudige Stimmung" in ihren eigenen Reihen zu kümmern, ehe sie die Herzensfalten der sozialdemokratischen Arbeiter durchforschen.

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.

Auf die Rundfrage, die die Vereinigung rheinisch-westfälischer Anwälte an sämtliche deutsche Rechtsanwälte gerichtet hat, haben sich 6206 Rechtsanwälte für die Einführung von Beschränkungen bei der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgesprochen; gegen die Beschränkung haben sich nur 994 Rechtsanwälte erklärt.

Zu dieser Abstimmung nimmt in der „Voss. Ztg." ein Anwalt Stellung. Er wendet sich ganz entschieden gegen die beschränkte Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Er versucht nachzuweisen, daß nicht in der Beschränkung der Zulassung, sondern in der Erweiterung des Tätigkeitsfeldes die Rettung der Anwaltschaft liegt.

Das amtliche Wahlresultat von Jüterbog-Luckenwalde.

Nach der amtlichen Zählung wurden zur Stichwahl am 11. Juli bei 40 768 Wahlberechtigten 33 467 gültige Stimmen abgegeben. Stadtverordneter Ewald-Berlin (Soz.) erhielt 17 151, v. Oertzen-Remlin (Rpt.) 16 316 Stimmen.

Deutsche Protestnote gegen China.

Dem Londoner „Daily-Telegraph" wird aus Peking gemeldet, der deutsche Geschäftsträger habe am Mittwoch der chinesischen Regierung eine Note überreicht, in der gegen die Bestimmungen des russisch-chinesischen Abkommens über die Mongolei heftig protestiert wird. Besonders wurde hervorgehoben, daß nach § 9 des Abkommens die russischen Konsuln Machtvollkommenheit haben, mit mongolischen Staatsbeamten oder anderen lokalen Behörden wirtschaftliche Konzessionen für russische Residenten zu vereinbaren, die von den russischen Konsulaten oder in deren Abwesenheit von den Konzessionären selbst kontrolliert werden sollen. Daraus folge, daß Deutschland nicht dieselben Rechte genieße. Am Donnerstag wurde der deutsche Geschäftsträger persönlich beim Auswärtigen Amte vorstellig und stellte die Forderung, dieselben wirtschaftlichen Rechte für Deutschland zu bewilligen.

Die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse.

In der Handelsbeilage der „Voss. Ztg." wird eine Uebersicht gegeben, aus der hervorgeht, wie sich die Preise der Waren, die zum Lebensunterhalt hauptsächlich benötigt werden, in der letzten Zeit zum Durchschnittspreise der Jahre 1889 und 1898 verhalten haben, wenn man letztere gleich 100 setzt. Hiernach hatten im Mai d. J. von den 39 Waren 15 einen höheren, 12 denselben und 12 einen niedrigeren Preis als im April dieses Jahres.

Faßt man die einzelnen Waren in Gruppen zusammen, so ergibt sich folgender Vergleich mit den Preisen des zehnjährigen Durchschnitts von 1889 bis 1898:

	Jahresdurchschnitt		Mai	April	Mai
	1911:	1912:	1912:	1913:	1913:
Getreide	112,02	125,32	134,25	111,72	112,45
Sonst. inländ. landwirtsch. Produkte	140,—	147,—	166,12	127,23	119,92
Ausländische landw. Produkte	124,48	134,90	140,13	123,70	124,92
Tierische Produkte	136,68	154,30	149,53	167,82	166,32
Textilprodukte	138,77	141,84	141,08	145,44	145,06
Mineralien	131,11	151,04	148,53	154,01	156,23

Der Generalindexpreis, den man aus der Zusammenzählung der Preise aller 39 Artikel erhält, betrug im Mai d. J. 5504 gegen 5537 im April, 5493 im März, 5529 im Februar und 5580 im Januar d. Js. Im Mai 1912 hatte er den Höchststand von 5739 erreicht, im Mai 1911 hatte er 4914, im Mai 1910: 4862, im Mai 1909 4618, im Mai 1903: 4274 betragen. Im Vergleich zum Vorjahr ist also ein Rückgang um 235 Punkte erfolgt, während in zehn Jahren eine Zunahme um 1230 Punkte oder 28,8 % stattgefunden hat.

Reichs- und Landesfinanzen.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Die Ausgaben, die Einnahmen, die wichtigeren Bestandteile der Staatsvermögen sowie die Schulden werden behandelt. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1912, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1910.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 6460 Millionen Mark (darunter außerordentliche 267), für das Reich 3286 (darunter außerordentliche 134), zusammen in Reich und Bundesstaaten 9746 (darunter außerordentliche 401).

Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 6436 Millionen Mark, im Reich auf 3286, zusammen in Reich und Bundesstaaten 9722 (darunter außerordentliche aus Grundstock, Anlehen und sonstigen Staatsfonds 243 bezw. 134).

Unter den Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen diejenigen aus Staatsbetrieben mit 3226 3142. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, anteil entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 2385 bezw. 3142. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs an Erwerbsanstalten (817 bezw. 979) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraphie (692 bezw. 808) und auf die Eisenbahnen (115 bezw. 142).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 812, Aufwandssteuern 118, Verkehrssteuern 114 und Erbschaftssteuern 22, zusammen 1066 Millionen Mk.

Das Reich bezieht aus Zöllen 849, aus Aufwandsteuern 672, aus Verkehrssteuern 276 und aus der Erbschaftssteuer 43, zusammen 1840 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberschüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbaren Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 766 609 Hkt., an Forsten 5 082 179 Hkt. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 55 618 Klm. (im Reich 1897) und ein Anlagekapital von 16 650 (im Reich 834 Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1912 für die Bundesstaaten auf 15 005 (darunter Preußen 8789, Bayern 2286), für das Reich auf 4582 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betrugen insgesamt 912 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (220) und Preußen (640).

Balkan.

Die Lage ist noch immer die gleiche. Die rumänischen Truppen dringen weiter in Bulgarien ein, ohne daß es bisher zu blutigen Zusammenstößen gekommen wäre. Die bulgarische Regierung vermeidet absichtlich jede militärische Operation gegen den Gegner, der sich zunächst das von ihm verlangte Gebiet militärisch sichern und vielleicht auch darüber hinaus einige wichtige strategische Punkte besetzen will.

Nachdem Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien ergebnislos verlaufen sind, befinden sich die Türken auf dem Vormarsche auf der Linie Enos-Midia. Den Türken scheint das Fell zu jucken; sie sollten sich lieber reserviert verhalten; sonst könnte es unter Umständen später so weit kommen, daß die Türken vollständig aus Europa verdrängt werden.

Die Lösung der kritischen Fragen soll durch einen europäischen Kongreß erfolgen. So lange die Verhandlungen noch nicht zu einem Waffenstillstand geführt haben, wird auf dem Operationsgebiete zwischen dem Wardartale und der bulgarischen Landesgrenze weiter gekämpft. Die Griechen haben jetzt auch noch den wichtigen Ort Serres sowie Draan Dedeagatsch besetzen können. Ausgeschlossen ist nicht, daß die bulgarische Armeeleitung noch einmal zu einem Verzweiflungsschlage ausholt, um für die kommenden Verhandlungen militärisch nicht gar zu sehr im Nachteile zu sein.

In Sofia sind angeblich schwere Unruhen ausgebrochen; die Bulgaren dementieren jedoch diese Meldungen.

Von dem serbischen Pressebureau werden heute eine Anzahl Meldungen über bulgarische Grausamkeiten verbreitet. Verwundete Soldaten sollen massakriert, Frauen und Kinder geschändet sein. Es bleibt zunächst abzuwarten, inwieweit diese Meldungen zutreffen.

Im Auswärtigen Amt in St. Petersburg herrscht nach den Berichten vom Balkan die Ueberzeugung, daß ein Waffenstillstand unmittelbar bevorsteht und daß die Friedensverhandlungen bereits im Gange sind. Dieser Umschwung sei lediglich auf den russisch-französischen Rat erfolgt. Beide Parteien seien zu Konzessionen bereit.

Österreich-Ungarn.

Die Ursachen einer Meuterei. Vor kurzem sind eine Anzahl böhmischer Dragonerreservisten zu vierjährigen Kerkerstrafen verurteilt und vom Tode dazu „begnadigt" worden, weil sie gegen ihren Abtransport nach Galizien rebelliert hatten. Jetzt erst erfährt man, daß die Soldaten auf dem Transport vier Tage lang ohne Essen gelassen worden waren. Alkohol war ihre „Nahrung". Als auf einer Station ein Reservist an die Restauration ging, was der Leutnant Rösser verbot und der betrunkene Soldat dem Leutnant ins Gesicht lachte, schlug ihn der mit dem Säbel zu Boden und verletzte ihn schwer. Darauf eröffneten die hungernden Soldaten ein Steinbombardement auf den Wagen, in dem der Unmensch saß. . . .

Holland.

Zur Ministerfrage. Die Königin hat dem freisinnig-demokratischen Abg. Dr. D. Bos die Bildung eines Kabinetts der gesamten Linken, also mit Einschluß der Sozialdemokraten, aufgetragen. Der sozialdemokratischen Partei werden nach diesem Auftrag also sicher ein oder mehrere Minister-Portefeuille angeboten. Die sozialdemokratische Parteileitung hat beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag über die Frage des Eintritts von Sozialdemokraten in das Ministerium entscheiden zu lassen.

Ein gut informiertes holländisches Nachrichtenbureau teilt mit, daß eine Konferenz der freisinnigen Parlamentsmitglieder beschlossen habe, nicht an einer Kabinettsbildung teilzunehmen, falls die Sozialdemokraten sich weigern, ins Ministerium einzutreten. Die Freisinnigen seien bereit, den Sozialdemokraten drei von den neuen Ministersitzen einzuräumen. Für zwei dieser Ministerposten seien sozialdemokratische Abgeordnete in Aussicht genommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 14. Juli.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen abend im Gewerkschaftshaus statt; sie wird sich u. a. mit der Verschmelzung der Bezirke Lübeck und Mecklenburg beschäftigen. Wir weisen darauf nochmals hin.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 21. Juli, vormittags 10 Uhr, statt.

In Vertretung. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Strack und Dr. Kalkbrenner hat Senator Heinrich Evers den Vorsitz in der Vorsteherschaft des Allgemeinen Krankenhauses übernommen.

Die üblichen Verordnungen anläßlich des Volksfestes werden jetzt wieder im Amtsblatt bekannt gegeben. Sie lauten: Für das diesjährige Volks- und Erinnerungsfest verordnet das Polizeiamt hierdurch: Der Verkauf und die Benutzung von Konfetti, Pfauenfedern, Federbüscheln (Abstäubern), Schlagsachern, lärmenden Blasinstrumenten, hölzernen Knarren, Bällen mit Gummischnüren und anderen das Publikum belästigenden Gegenständen ist verboten. Uebertretungen werden außer mit Entziehung des Erlaubnisscheines mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis

zu 14 Tagen bestraft. — Für die Tage des Volks- und Erinnerungsfestes am 20. und 21. Juli ds. Js. wird den Trägern von Fahnen und Bannern die größte Aufmerksamkeit darauf empfohlen, daß jede Berührung der Fahnen und Banner, auch solcher ohne Metallspitze, mit den für die elektrische Straßenbahn gespannten Drähten vermieden wird, weil aus der Berührung eine erhebliche Gefahr für die Träger entsteht. Ganz besondere Vorsicht ist beim Passieren des Burgtorturmes zu beachten, da in dessen Wölbung der Leitungsdraht niedriger als in den Straßen angebracht ist. — Handelsverkehr aus Anlaß des Volks- und Erinnerungsfestes. Aus Anlaß des am 20. und 21. ds. Mts. stattfindenden Volks- und Erinnerungsfestes erläßt das Polizeiamt auf Grund der §§ 55 a, 105 b Abs. 2 und 105 e Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung für den Handelsverkehr am Sonntag, dem 20. Juli ds. Js. die nachstehenden Anordnungen: 1. Auf dem Festplatze wird der Handel mit Backwaren, Obst und sonstigen Lebensmitteln, von Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen von mittags 12 Uhr an freigegeben. 2. Außerhalb des Festplatzes ist ein Handelsverkehr in offenen Verkaufsstellen nur während der üblichen sonntäglichen Verkaufszeit gestattet.

Jupiter und Mond. Während der Nacht vom 16. zum 17. Juli wird sich der Mond dem Planeten Jupiter nähern und mit diesem eine schöne Konstellation bilden. Die größte Annäherung, die aber nicht unter 3¾ Bogengrade herabgeht, findet am 17. Juli, um 4 Uhr vormittags, statt, zu welcher Zeit die Sonne schon aufgegangen ist. Während der vorangegangenen Nachtdunkelheit weilt der Mond zwar noch ein wenig westlich, doch schon ziemlich nahe bei Jupiter, den er südlich passiert. Beide Körper haben eine stark südliche Deklination, der Mond sogar fast 28°, sie stehen daher sehr tief am südlichen Himmel.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (zehn Pfennig für je 20 Gramm): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 15. Juli, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 17. Juli, „Berlin" ab Bremen 19. Juli, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 22. Juli, „George Washington" ab Bremen 26. Juli, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 29. Juli, „Imperator" ab Hamburg 30. Juli, „Main" ab Bremen 2. August, „Friedrich der Große" ab Bremen 5. August, „Amerika" ab Hamburg 7. August, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 12. August, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 16. August. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „Main", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk, wie „direkter Weg" oder „über Hamburg oder Bremen" zu versehen.

b. **Dritte Strafkammer** am 12. Juli. Altes Eisen gestohlen hat der Arbeiter Cl., der bei einem hiesigen Bauunternehmer längere Zeit tätig war. Er ließ in den beiden letzten Jahren vom Lagerplatz, den er mit zu beaufsichtigen hatte, ganze Wagenladungen alte Eisenteile und Träger abführen, die er bei Trödlern unter der Vorgabe verkaufte, daß er im Auftrage des Besitzers komme. Insgesamt verkaufte Cl. etwa 9000 Pfund. Auch Bauholz im Werte von 80 Mark wurde in seinem Auftrag abgefahren, sodaß ihm ein Vorteil von 170 Mark erwuchs. Zwar hat der Angeklagte mit dem Erlös seiner beiden Schweine den Schaden wieder gedeckt, doch muß er für die fortgesetzten Diebstähle unter Berücksichtigung mildernder Umstände sechs Monate ins Gefängnis. — Wegen Ehebruchs waren die Ehefrau G. und der verheiratete Schlosser P. angeklagt. Was besonders zu erwähnen wäre ist, daß der Schlossergeselle sich als der Verführte hinstellt und die jetzt geschiedene Frau so als schuldigen Teil belastet. Die endgültige Trennung wird mit je einer Woche Gefängnis besiegelt, die der „Verführte" für seinen Teil gern durch eine Begnadigung gelöscht haben möchte. — Die Rache ruht nicht! Der 17jährige Hausbursche Gl., der erst kürzlich wegen Erpressung in Straßburg i. E. zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt wurde, machte hier wieder solche böse Streiche. Erst suchte er sich von einer Frau 17 Mark zu erschwindeln und dann ging er hin und schrieb an einen Kaufmann in der Holstenstraße einen Erpresserbrief, in dem er 5000 Mark fordert, anderenfalls Sohn und Tochter ermordet würden. „Senden Sie 5000 Mark bis Freitag abend 6 Uhr, sonst ist das Schicksal mit Ihnen beschlossen. Die Rache ruht nicht. Melden Sie die Sache der Polizei, wird es doch ausgeführt." Der Bursche ging natürlich zur Post, wo er abgefaßt wurde. Heute gibt er zur Entschuldigung an, daß er einen Roman gelesen habe, in dem solches Zeug darin vorgekommen sei. Gedacht habe er sich bei der Geschichte nichts, es sei ihm nur darum zu tun gewesen, den Kaufmann in Angst zu setzen. Zur Post sei er nur aus Neugierde gegangen. Die Neugierde wird dem Bürschchen auf 7 Monate gelegt. Das Gericht ging um 3 Monate über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, der zwar mildernde Umstände der Jugend wegen befürwortete, aber die Drohungen nicht so leicht nahm. Die Folgen habe man ja vor einigen Jahren im Falle Hartmann gesehen. — Ein Hühnerdieb. Oft vorbestraft ist der Arbeiter W. Er kann dies gefährliche Handwerk trotz der 7 Vorstrafen doch nicht lassen. Auf seiner letzten Arbeitsstelle in Malkendorf verringerte er das Hühnervolk um 10 Stück und einen Hahn. Bei jedem Besuch brachte er der Frau M. zwei oder drei Stück, die mit dem halben Preise bezahlt wurden. Der Angeklagte, dessen letzte Strafe ebenfalls wegen Hühnerdiebstahls 1 Jahr und 2 Monate Gefängnis betrug, ersuchte vom Zuchthaus abzusehen, da er infolge seiner verkrüppelten Hand auf „so was" angewiesen sei. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Frau bekommt wegen Hehlerei einen Monat Gefängnis.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Trotz des schönen Sonntags war der Operettenschlager „Filmzauber" wieder ausverkauft; der Beifall wollte kein Ende nehmen. Mit dem Engagement der Ballettmeisterin vom Königsberger Stadttheater hat die Direktion einen glücklichen Griff getan, denn die Dame ist eine vollendete Tänzerin und eine liebliche graziöse Erscheinung. Auf den morgen stattfindenden Ehrenabend von Selma Wuttke sei hiermit nochmals hingewiesen. Mittwoch ist „Filmzauber" zum sechsten Male.

Vorsicht und Schutz gegen Mücken. Man hätte meinen sollen, daß der Mensch zu einer energischen Bekämpfung der Mücken nicht erst der Belehrung bedurft hätte, die diese Blutsauger zu Vermittlern mancher gefährlichen Krankheiten stempelt. Dennoch hat man diese Plage bis auf die neueste Zeit wie ein unausweichliches Verhängnis hingenommen, und erst die Beweise, daß den Mücken die Verbreitung der Malaria und viele der schlimmsten Tropenkrankheiten zuzuschreiben ist, haben zur Ausarbeitung besonderer Feldzugspläne gegen alle Arten von Mücken geführt. Wo diese Insekten auftreten, erfüllen sie die Luft gewöhnlich in so ungeheuren Mengen, daß der Mensch diese Plage am liebsten ganz flieht, und manche reizvolle Gegend, namentlich an idyllischen Seen, büßt ihre Anziehungskraft dadurch ein, daß die Mücken einen genußreichen Aufenthalt wenigstens in einem Teil des Jahres unmöglich machen. Der Mensch hat es eben früher mit der Vernichtung der Mücken nicht recht ernst genommen und die Sache auch am verkehrten Ende angefangen. Gegen die einmal ausgekommenen geflügelten Insekten ist er wehrlos, da er immer nur wenigen den Garaus machen kann, so daß eine merkliche Abnahme der Schwärme nicht eintritt. Ein wirklicher Abbruch kann den Mücken nur dadurch getan werden, daß ihre Brutstätten ausfindig gemacht und zerstört werden. Zu diesem Zweck muß man freilich erst wissen, wo die Mücken ihre Brut ablegen, und das ist nach den einzelnen Gattungen und Arten sehr schwankend. Manche Mücken setzen ihre Brut in Baumhöhlen ab, andere in die Wasseransammlungen in Blattpflanzen, noch andere in allerhand Tümpel, wieder andere nur in die Löcher, die von Krebsen an Seeufern gebohrt werden. Weitere Unterschiede sind zwischen den Mücken, die im Salzwasser und Süßwasser brüten, und einige bevorzugen sogar ausschließlich die Wasserlachen, die durch die Schneeschmelze entstehen, obgleich die Eier schon im Hochsommer in entsprechende Höhlungen des Bodens gelegt werden, die sich dann im nächsten Frühjahr mit Schneewasser füllen. Jedenfalls bedürfen alle Mücken mehr oder weniger reichlicher Wassermengen zur Entwicklung ihrer Nachkommenschaft. Die natürlichen Wasseransammlungen sind schon so zahlreich, daß sie den Insekten eine fast unerschöpfliche Gelegenheit dazu bieten. Immerhin tut der Mensch noch vieles dazu, den Mücken neue Brutplätze zu schaffen, und das sollte selbstverständlich zu allererst vermieden werden. Regentonnen, Tröge im Viehhof, achtlos fortgeworfene Kannen oder andere Gefäße werden, wenn sie von Wasser gefüllt sind, zur geeigneten Jahreszeit unfehlbar von Mücken mit Beschlag belegt. Auch innerhalb der Wohnhäuser finden die Mücken ihr Unterkommen in Blumenvasen, deren Wasser nicht häufig genug erneuert wird, in den Wasserkrügen der Waschtische unbenutzter Gastzimmer und an mancherlei anderen Stellen. Eine sorgfältige Nachforschung fördert in und außer den Häusern überraschende Aufklärungen über die Brutstätten der Mücken zutage. Auf Kirchhöfen sind die zahlreichen Trauerurnen der Grabmäler, in den Kirchen selbst die Taufsteine im höchsten Grade verdächtig. Im Freien sind es die Fußspuren der Huftiere, die nach einem Regen den Mücken genug Wasser für Tausende von Larven darbieten. Springbrunnen mögen als Zierrat hier berechtigte Schätzung genießen, aber man sollte ihre Becken wenigstens mit Fischen besetzen, damit diese die Mückenlarven vertilgen. Dazu ist es auch nötig, die Brunnenbecken von Wasserpflanzen freizuhalten. Eine merkliche Verminderung der Mückenplage wird immer nur dann erzielt werden können, wenn die Vernichtung der Brutplätze planmäßig und mit der größten Sorgfalt durchgeführt wird. In größerem Maßstab ist die Entwässerung des feuchten Bodens und die Versetzung aller Tümpel mit Petroleum zu empfehlen, das am besten mit einer Gießkanne ausgespritzt wird.

Billige Ferien-Sonderfahrten nach Travemünde veranstaltet die Travedampfschiffahrt in diesem Sommer. Die erste Sonderfahrt wird am kommenden Mittwoch mittag ab Travenpavillon stattfinden. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt nur 50 Pfg. (Siehe Inserat.)

pb. **Wer ist der Bootseigentümer?** In dem Boote, mittels welchem vermutlich die Fischdiebstähle bei Gothmund ausgeführt sind, befinden sich zwei fast neue Ruder, in deren mit Bandeisen beschlagenen Schaufeln ein Wimpel mit dem Zeichen „J. P. 10" eingebrannt ist. Ein Ruder ist in der Mitte etwas eingeknickt. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden vier Hausdiener eines hiesigen Warenhauses, die sich daselbst Diebstähle zuschulden kommen ließen.

pb. **Ein „fliegender Holländer" gestohlen.** Am 10. ds. Mts. ist vom Flur eines an der Hohelandstraße belegenen Hauses ein Selbstfahrer für Kinder, ein sogenannter fliegender Holländer, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Selbstfahrer ist ziemlich neu, gelb lackiert und rot gestreift.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht vom 11. zum 12. ds. Mts. sind aus einem an der Ratzeburger Allee belegenen Hause mittels Einsteigens ein Paar schwarze Halbschuhe und 6 Mk. gestohlen worden.

pb. **Verschwundene Karre.** In der Zeit vom 9. bis 13. ds. Mts. ist eine beim alten Zollschuppen angeschlossen gewesene schottische Karre abhanden gekommen, vermutlich von einem Unbefugten benutzt und irgendwo stehen gelassen worden. Die Karre ist braun gestrichen. Die Handgriffe der Deichsel sind schwarz. Auf der Deichsel ist ein Brett genagelt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 12. ds. Mts. ist vor dem Hause Hartengrube Nr. 43 ein Fahrrad, Marke „Walküre", mit schwarzem Gestell ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, gelbem Sattel, gelber Geschirrtasche, Freilauf, Rücktrittbremse, Radlaufglocke, einer kleinen Glocke auf der Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 15 995, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Räder sind mit neuen Militär-Strapaziermänteln versehen.

Schlutup. Eine Volksversammlung, die leider nur mäßig besucht war, beschäftigte sich am Sonnabend abend mit der „Volksfürsorge". Genosse Stelling-Lübeck schilderte eingehend Art und Wesen sowie den Zweck dieser gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Gründung. In der Debatte ersuchte Herr Herfurt, der Geschäftsführer der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung, für diese Propaganda zu machen. Ihm wurde vom Genossen Ackermann und dem Referenten erwidert. Die hiesige Arbeiterschaft wird sich — dessen sind wir sicher — nicht auf den Leim locken lassen und der „Volksfürsorge" ihr lebhaftes Interesse zuwenden.

w. **Mölln.** Feuerlärm ertönte am Sonntagnachmittag 4½ Uhr in unserer Stadt; es brannte ein Stall des Bätgeschen Hauses in der Seestraße. Kinder sollen den Brand verursacht haben. Der Stall brannte total nieder. Bei diesem Brande wurde das erstemal Wasser aus der noch im Bau befindlichen Wasserleitung gegeben. Als 1874 ein Großfeuer die Häuser der Seestraße vernichtete, ist der Brand ebenfalls in einem Stalle, der an der Stelle des jetzt abgebrannten gestanden hat, ausgebrochen und von Kindern verursacht worden.

Neumünster. Mord. Der Arbeiter Anton Mertens stieß Sonnabend abend kurz vor 11 Uhr die Drohung aus, er wolle den Arbeiter Peter Greve, der bei der Artillerie im Lockstedter Lager zur Landwehrübung eingezogen ist und hier auf Urlaub weilt, ermorden. In der Dunkelheit traf er dann auf der Straße den 34jährigen Markus Haase und stieß ihm in der Annahme, er habe Greve vor sich, das Messer in die Brust, so daß der Ueberfallene sofort tot zu Boden stürzte. Der Mörder ergriff die Flucht und entkam. Er wurde von Polizeihunden und einer großen Menschenmenge verfolgt, doch ist es nicht gelungen, ihn festzunehmen.

Kiel. Fliegerpech. Am Sonnabend ist bei böigem Winde der Flieger Schalk, der an der in Kiel stattfindenden Flugwoche teilnimmt, gezwungen worden, außerhalb des Flugplatzes niederzugehen. Der Apparat wurde bei der Landung sehr schwer beschädigt. Der Flieger blieb unverletzt, ebenso blieb der Flieger Schüler bei seinem Absturz unverletzt, während seine Maschine vollständig zertrümmert wurde.

Altona. Mord. In der Unzerstraße in Altona wurde am Sonnabend mittag die ledige Arbeiterin Johanna Stolbe ermordet aufgefunden. Der Schädel war ihr völlig eingeschlagen. Neben der Leiche lag ein Besenstiel und eine zertrümmerte Kohlenschaufel. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf ihren Geliebten, den 27jährigen früheren Seemann Paul Giese, mit dessen Verfolgung auch das Hamburger Fahndungskommando beauftragt wurde. Die Spur wurde verfolgt und der Mörder auf dem Sternschanzenbahnhof in einem Eisenbahnwagen, der rangiert werden sollte, am Sonnabend abend festgenommen.

Wilhelmshaven. 30 Leichen geborgen. Das Vorderteil des Wracks des Unterseebootes „S 178" ist Sonntag morgen eingeschleppt und mittags ins Dock gebracht worden. Es wird angenommen, daß sich 30 Leichen in dem Wrack befinden.

Doberan (Meckl.). Tödlicher Unfall. Der Büdner Albert Bull aus Elmenhorst fuhr mit seinem Rade auf die Wiese, um Gras zu mähen. Die Sense hatte er vor sich auf dem Bügel des Rades befestigt. Im Nienhägener Gehölz stürzte er mit dem Rad und fiel in die Sense, die ihm die Pulsader durchschnitt. Bull wurde später als Leiche aufgefunden; er war verblutet.

Güstrow. Mord? Am 14. Mai ds. Js. wurde im Güstrow-Bützower Kanal die Leiche eines Dienstmädchens aus Malchow gefunden, das hier in Stellung war. Die Behörde stellte anfangs Selbstmord fest, doch hatten sich inzwischen allerlei Gerüchte verbreitet, daß das Mädchen keines natürlichen Todes gestorben sei. Freitag war der Erste Staatsanwalt im benachbarten Tarnow, wohin die Spur des mutmaßlichen Täters führte, und stellte Untersuchungen an. Diese haben zu dem Erfolg geführt, daß der Arbeiter Karl Busch zu Tarnow auf Betreiben der Staatsanwaltschaft sofort verhaftet wurde.

Rostock. Das Rostocker Revolverattentat. Zu dem Rostocker Attentat auf Dr. Tobias wird noch gemeldet: Nach Angabe des operierenden Professors ist die mehrstündige Operation an dem verletzten Rechtsanwalt Dr. Tobias normal verlaufen. Eine Kugel ist durch einen Arm gegangen, eine hat unter Verletzung des Knochens das Bein durchbohrt. Mehrere Kugeln haben den Dünndarm durchlöchert. Am Sonnabend aber ist Tobias seinen schweren Verletzungen erlegen; er hat nur ein Alter von 35 Jahren erreicht. — Ertrunken. In der Nacht zum Sonntagabend überfuhr die Fähre Gjedser-Warnemünde das Boot des Maischollenfischers Schulz, der mit Sohn und Tochter vor Warnemünde fischte. Die in der Koje schlafende Tochter ertrank, während die beiden Männer gerettet wurden.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen:

Arbeiter Bentien. Arbeiter Beuthling. Versicherungsbeamter Böhme. Händler Breitkreuz. Kaufmann Brüggen. Hilfsgüterschreiber Busch. Eisenbahnwagenschieber Busekow. Werkmeister Clasen. Maurer und Bauunternehmer Dahmcke. Arbeiter H. J. K. Dencker. Arbeiter J. Chr. W. Denker. Arbeiter Dettmer. Oberarzt der inneren Abteilung und Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Professor Dr. med. Deycke. Hafenarbeiter Dörfling. Arbeiter Eggert in Oberbüssau. Schriftsetzer Flottau. Landmann Franck in Malkendorf. Schlossergeselle Goßsaint. Verkäufer Gramm. Bierhändler Grimm. Bankbeamter Grimm. Kutscher Hansen. Schmiedegeselle Harder. Tapezier und Dekorateur Herrmann. Schlossergeselle Hingst. Hausmeister Holtz. Arbeiter Jaacks. Schlossergeselle Jilsoe. Tapeziermeister Junge. Schmiedegeselle Kahl. Arbeiter Krohn. Barbier und Friseur Kuhr. Arbeiter Kurwig. Privatmann Lamp. Ober-Postassistent Lampe. Lackierergehilfe Levihn. Kätner in Tramm Lindemeyer. Maurergeselle Mahnke. Schmiedegeselle Maibom. Tischler Malschafsky. Arbeiter Martens. Buchbindergehilfe Müller. Schiffszimmermann Müller. Arbeiter Oldorf. Arbeiter H. J. W. Pauls. Arbeiter J. H. W. Pauls. Fuhrwerksbesitzer Possehl. Eisenbahnwagenschieber Reppenhagen. Arbeiter Ressör. Stellmachergeselle Rieckhoff. Tischlergeselle Rößler. Kontorist Sanftleben. Maschinenschlosser Schneidewind. Schmiedegeselle Schröder. Arbeiter Schuld. Arbeiter Stegmann. Träger Sternhagen. Arbeiter Stoelk. Dachdeckergeselle Stutz. Geschäftsreisender Suesse. Schlossergeselle Thal. Schlachter Thiess. Tapezier und Möbelhändler Thiessen. Arbeiter Trohn. Arbeiter Völzer. Arbeiter Wahls. Güterbodenarbeiter Walter. Tischlergeselle Wede. Arbeiter Wehr. Arbeiter Wehrend. Arbeiter Westendorf. Arbeiter Wiechmann. Tischlermeister Wiese. Tischlergeselle Wittig. Arbeiter Wittmack. Arbeiter Wulf.

Sie haben am 28. Mai 1913 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Aus Nah und Fern.

Ein Weltrekord. Der Flieger Cevasco in Mailand flog mit drei Passagieren in 1 Stunde 10 Min. von Mailand nach Turin, 150 Kilometer, und stellte damit einen Weltrekord auf.

Eine Brandstiftergesellschaft ermittelt. Die Charbiner Polizei ist einer Verbrecher-Organisation auf die Spur gekommen, die sich seit längeren Jahren mit gewerbsmäßiger Brandstiftung beschäftigte und zahlreiche Versicherungsgesellschaften schädigte. An der Spitze stand der Charbiner Kaufmann Altschurin. Die Verbrecher hatten bei den Versicherungsgesellschaften ihre Angestellten und verfolgten eine eigene Taktik bei ihren Brandstiftungen. Altschurin hat sich im Laufe eines Jahres um eine Million bereichert. Auch die anderen Mitglieder haben auf die gleiche Weise Millionen verdient.

Eine Säule der gelben Bäckerbewegung. Innungssekretär Schröter in Breslau, ist wegen Unterschlagung von 15 000 Mark Innungsgeldern verhaftet worden. Der Reichsverband wird ihn nicht in seiner Defraudantenliste führen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Dienstag, den 15. Juli, beginnt unser

Saison-Ausverkauf

Um eine vollständige Räumung in allen unseren Abteilungen der

Damen- und Kinder-Konfektion

(5462) zu erzielen, werden alle Waren **ohne Rücksicht** auf den früheren Wert

zu enorm billigen, herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Gebr. Hirschfeld

Breite Strasse 39-41.

Verkauf 5452

lebender Butt

am Dienstag, dem 15. Juli 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Dankwartsbrücke,
Drehbrücke,
Strucksähre,
Holstenbrücke,
Hüxtertorbrücke.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!

Sitzung

der

Bezirks- und Werkstätten-Vertrauensleute

am Dienstag, dem 15. Juli abends 8½ Uhr im „Gewerkschaftshaus"

(5460) Die Ortsverwaltung.

Morgen, den 15. Juli

beginnt mein

Ausverkauf.

Enorm billige Preise

auf alle regulären Sachen.

Preisermässigung von 10 % und Rabattmarken.

Ernst Diederichs

Manufaktur und Aussteuerartikel 5459

Brockesstr. 25, Ecke Warendorpstr.

Emmy Rau
Johann Plitt
Verlobte. 5453
Stockelsdorf, den 13. Juli 1913.

Schuhmacher gesucht.

5450) **Karl Obst,** Brink 11b.

Zum 1. Okt. eine kl. **Wohnung** an Leute ohne Kinder zu vermieten.

5399) Langereihe 31.

Ein Kinderwagen mit Nickelgestell und Gummireifen zu verkaufen.

5454) Margaretenstraße 7a, I.

Junge und alte **Silberkaninchen** billig zu verkaufen. (5445

Kaufmann, Karlstraße 86a.

Ein kleiner Hund

noch steuerfrei, zu verkaufen.

5449) Dornestraße 24.

Partie **Tilsiter Käse** per Pfd. 20 und 30 Pfg. **Limburger Käse** ca. ¾ Pfd.-Stück 15 Pfg. (5965

Käselager Schumacherstraße 12.

Trinken Sie **Hartwig's** „Ideal" Kaffee

er schmeckt vorzüglich! (5434

Preislage 1.30 bis 2.— Mk., besonders kräftig Pfd. 1.50 Mk.

Jeder der sich und die seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Zahn-Praxis

Emil Sietz

Hüxterdamm 4, II. (5447

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.30** Mk. (5457

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 15. Juli

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Bericht vom Ortsschiedsgericht
3. Innehaltung der Arbeitszeit.
4. Verschiedenes.

5451) **Die Ortsverwaltung.**

Moisling.

Mitglieder-Versammlung

der

Sozialdemokratischen Frauen

am Mittwoch, d. 16. Juli

abends 8½ Uhr

im Lokale der Ww. Schreiber „Kaffeehaus" in Moisling.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Quartals-Abrechnung.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Wir hoffen auf zahlreichen Besuch der Genossinnen.

5456) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Dienstag, den 15. Juli:
Benefiz für Frl. Selma Wuttke.
Novität von Otto Ernst.
Die Liebe höret nimmer auf.

Mittwoch, den 16. Juli 1913:
Der Operettenschlager
FILMZAUBER.

In Vorbereitung die aufsehenerregende Novität von Sudermann:
Der gute Ruf.

5155) Anfang stets 8¼ Uhr.

Motto: **Eine Wohltat eigner Art ist und bleibt eine Wasserfahrt.**

Trave-Dampfschiffahrt.

Kontor Travepavillon. Telephon 336.

Voranzeige. „Sadowa" auf hoher See.

Den vielfachen Anfragen und Wünschen eines geehrten Publikums Lübecks Sorge tragend, werden wir mit unserm eleganten Express-Salon-Dampfer **„Sadowa"** Preis **50** Pfg. hin und zurück. Kinder 25 Pfg. **Ferien-Sonder-Lustfahrten** einlegen, beginnend am **Mittwoch, dem 16. Juli.**

Abfahrt 2.05 Holstenstraße Travepavillon.

Rückfahrt ab Travemünde 8 Uhr, an Lübeck 9.20.

NB. Bei Ankunft in Travemünde Seefahrt, ca. 1 Stunde. Karten à Person 30 Pfg. sind an Bord zu lösen. Durch die Schnelligkeit unserer Dampfer ist den Teilnehmern ein stundenlanger Aufenthalt am herrlichen Ostseestrand geboten.

Hochachtungsvoll

die Betriebsleitung.

(5449

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

(5067 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**

Größtes Lager in Särgen, Grabsteinen, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. ✱ Billigste Preise.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 162. Montag, den 14. Juli 1913. 20. Jahrg.

Politische Perspektiven in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Die soeben abgeschlossene Session der 4. Duma, die fast ununterbrochen seit dem Winter gedauert hatte, gestattet bei aller ihrer inneren Ergebnislosigkeit einen lehrreichen Rückblick auf die gesamte politische Lage in Rußland. Selten wohl hat die parlamentarische Vertretung eines großen Volkes sich in einem so krassen Widerspruche befunden zu dem Leben des Landes wie die auf Grund eines aufgezwungenen ständischen Wahlrechts gewählte russische Duma. Ringsum im 160-Millionen-Reiche eine unabsehbare Reihe unaufschiebbarer Fragen und Probleme, die der Entscheidung harren, überall in allen Schichten der Bevölkerung eine gärende Unzufriedenheit, die bei der politisch am meisten vorgeschrittenen Klasse, dem Proletariat, bereits den Charakter einer stürmischen Massenbewegung angenommen hat. Und zu derselben Zeit im Taurischen Palais, dem Sitz des Parlaments, ein Marasmus, eine innere Fäulnis, die nicht mehr gut überboten werden kann. In diesem Kontrast spiegelt sich der ganze Charakter der im verflossenen Herbst gewählten 4. Duma wieder. Ihre Vorgängerin, die nach dem Staatsstreik vom Jahre 1907 einberufene dritte Duma, erwies sich namentlich in den ersten Jahren unter den Knutenhieben Stolypins als ein Werkzeug der angreifenden Reaktion, die mit allen Ueberresten der revolutionären Epoche aufräumte, und die von der Revolution geborene Volksvertretung in eine Zitadelle der infamsten Reaktion verwandelte. Für die vierte Duma blieb auf diesem Gebiet fast nichts mehr zu tun übrig. Auf allen Gebieten des inneren Lebens ist nicht nur die Rechtlosigkeit, die Korruption der vorrevolutionären Epoche wieder eingekehrt, es hat sich unter der Einwirkung der von oben begünstigten Nationalitätenhetze und des alles umfassenden Spitzelsystems eine Zuspitzung aller inneren Verhältnisse, eine Korrumpierung des gesamten öffentlichen Lebens ergeben, die alles frühere in den Schatten stellt. Die äußere Form bleibt hierbei gewahrt: das russische Reich hat ein „Parlament“, in dem die Minister ihre Erklärungen abgeben, das russische Reich hat eine „homogene“ Regierung, in deren Namen der Ministerpräsident und Finanzminister Kokowzew mit der europäischen Börse unterhandelt. Mehr beansprucht die europäische Bourgeoisie, die Gläubigerin Rußlands nicht; mehr kann die von Kokowzew geführte gemäßigte Richtung der Bureaukratie dem Lande auch nicht geben, wenn sie nicht den ungeheuren Knäuel der ungelösten inneren Probleme und Widersprüche antasten will. Ruhe um jeden Preis! Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes! — das ist die Losung der herrschenden Bureaukratie, die ,ihrer Unfähigkeit, grundlegende Reformen zu geben, bewußt, in der künstlichen Konservierung des bestehenden Zustandes, in dem Marasmus, in der Fäulnis des inneren Lebens ihr Heil erblickt.

Dieser Charakter der russischen Regierungspolitik, der sich schon vor dem gewaltsamen Tode Stolypins bemerkbar machte, trat besonders stark in der soeben abgeschlossenen Session der 4. Duma zu Tage. Die Regierung strebte nur das eine an: daß die Duma das Milliardenbudget annahm, neue Kredite für Rüstungen zu Wasser und zu Lande gewährte, und der auswärtigen Politik einen sicheren Rückhalt bot. Alles andere war der Regierung im höchsten Grade gleichgültig. Sie ignorierte die Interpellationen, sie lehnte mit verächtlicher Handbewegung die eingebrachten Gesetzentwürfe der Parteien ab, und sie hielt es endlich für überflüssig, ihre eigenen Gesetzentwürfe einzubringen. Abgesehen vom Etat hat die Duma kein einziges bemerkenswertes Gesetz angenommen, und selbst die am Schluß der Session angenommene Vorlage über die Selbstverwaltung in Polen bedeutet einen gewaltigen Rückschritt gegenüber der Vorlage der dritten Duma. Die Regierung ging schließlich noch weiter. Infolge eines Konflikts zwischen dem Führer der Rechten Markow und dem Ministerpräsidenten Kokowzew boykottierte der Ministerrat in den letzten Wochen förmlich die Duma, die unter dem Druck der Verachtung von oben und von unten schließlich allen inneren Halt verlor und mit Geduld den Moment erwartete, wo sie aus Petersburg verschwinden konnte.

Dieses Bild der Zersetzung und Auflösung ist umso interessanter, als sich hinter ihm eine bedeutungsvolle Verschiebung im sozialen und politischen Leben Rußlands vorbereitet. Wir erwähnten schon, daß die russische Arbeiterklasse im letzten Jahr wieder als einflußreicher Faktor auf der Bildfläche erschien. Diese Tatsache zieht nachwirkend immer weitere Kreise um sich. Nicht nur die arbeitenden Klassen in den Städten rüsten zu neuem Kampf, auch das Dorf erwacht, in dem die zerstörende Wirkung der Stolypinschen Agrargesetzgebung sich immer fühlbarer bemerkbar macht. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, daß breite Kreise des Bürgertums, von ihrer früheren Panik vor der Revolution geheilt, dem herrschenden junkerlich-bureaukratischen Kurs einen immer heftiger werdenden Widerstand entgegensetzen. Als Repräsentantin der mit Macht einsetzenden kapitalistischen Entwicklung Rußlands, sind breite Kreise der Bourgeoisie an der freien Entwicklung der Produktivkräfte, an der Beseitigung der feudalen Vorrechte und der Ueberreste de Hörigkeit, an der kulturellen Hebung der Bevölkerung interessiert. Um für eine demokratische Reform zu kämpfen, sind sie zu feig; sie fürchten auch, ein zu starkes Anwachsen ihres Klassengegners, des Proletariats, das, von der kapitalistischen Entwicklung emporgehoben, der aufstrebenden Bourgeoisie auf den Fersen sitzt. Daher die schwankende, unentschlossene Haltung des russischen Liberalismus, der heute die innere Politik der Regierung verdammt, um sich morgen vor den Wagen des kriegerischen Panslavismus zu spannen, der heute dem Ministerium des Innern und der Justiz die Kredite verweigert, und morgen in hurrapatriotischer Begeisterung hunderte von Millionen für Rüstungszwecke bewilligt. Und doch ist es eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß nicht nur das Kleinbürgertum, sondern auch die zahlungsfähige Bourgeoisie zu der Regierung in Opposition gerät. Der Stillstand der inneren Entwicklung, die unerträglichen Fesseln des herrschenden Knutenregiments machen sich auch immer fühlbarer der russischen Bourgeoisie bemerkbar. In dieser Situation ist es von recht symptomatischer Bedeutung, daß der gemäßigte liberale Rechtsanwalt Maklakow in der Duma ausrief: „Lieber der heftigste Konflikt, als der heimliche Antagonismus zu der Regierung, der die Volksvertretung diskreditiert und die Regierung demoralisiert. Die Mehrheit der Duma darf vor einem Konflikt nicht zurückschrecken.“

Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser von den Liberalen herbeigesehnte Konflikt das russische Bürgertum auf seinem Posten finden würde. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen eher zu der Annahme, daß es sich vor einem offenen Kampf hüten, und nur die Früchte des Kampfes der arbeitenden Klassen akzeptieren wird. Auf jeden Fall sind die Chancen eines solchen Kampfes für die Arbeiterklasse zurzeit günstiger als bisher. Nach einer Periode langjähriger Stagnation, in der die zersprengten Reihen der Kämpfenden sich langsam wieder sammelten, tritt die Arbeiterklasse Rußlands mit frischer Kraft, mit politisch geschulterem Blick wieder als treibender Faktor der sozialpolitischen Entwicklung in den Vordergrund. Ein sichtbares Zeichen dieses erstarkenden Einflusses war die Rolle, die die sozialdemokratische Dumafraktion während der jetzt abgeschlossenen Session in der Duma spielte. Ungeachtet ihrer geringen Zahl, traten die 14 sozialdemokratischen Abgeordneten in der 4. Duma mit größerem Nachdruck und größerer Energie auf, den hinter ihnen erhob sich, sich organisatorisch immer fester zusammenschließend, die begeisterte Armee der russischen Proletarier, bereit, ihr Leben einzusetzen für die Befreiung Rußlands aus dem Joche der Sklaverei.

Fürstenpleite.

Ein sicheres Kennzeichen rückläufiger Konjunktur sind wackelnde spekulative Riesengründungen. Jetzt hat es den Fürstentrust ernsthaft gepackt. In wenigen Tagen folgte bei ihm Schlag auf Schlag. Die Berliner Börse registrierte ganz plötzlich durch den Kurssturz der Aktien der Hohenlohewerke, daß die Industriegeschäfte der Fürsten Hohenlohe und Fürstenberg festgefahren sind. In Zusammenhang damit wurde die Insolvenz des Grafen Hermersberg bekannt, der der Bruder des Fürsten Hohenlohe-Oehringen, Herzogs von Ujest ist. Auf dem Umwege über Paris wurde mit vielen Mühen ein großer Posten von Aktien der Hohenlohewerke lombardiert. Dazu kam noch, daß plötzlich zwei Geschäftsinhaber der Berliner Diskontogesellschaft zur Kieler Regatta fuhren, um mit Wilhelm II. zu dinieren. Trotz eines energischen Dementis der „Nordd. Allgem. Zeitung“, daß dies mit einer Rettungsaktion des dem Kaiser persönlich sehr nahestehenden Fürsten Fürstenberg und dessen Industriegeschäfte nichts zu tun habe, erhält sich die Meinung, daß hier etwas gerettet werden soll, was gar nicht mehr gerettet werden kann.

Der Fürstentrust, dessen Organisationsspitzen die Berliner Handelsvereinigung und die Deutsche Palästinabank sind, führte vor einigen Jahren in die finanzielle Gründungspraxis feudale Methoden ein. Zuerst wurde das mit dem jetzt längst verkrachten Bankier Neuburger gemacht, dann wurde die Berliner Handelsgesellschaft die Bankverbindung, diese drückte sich zur rechten Zeit. Damals hat noch die Deutsche Bank mitgeholfen, sie wurde zum neuen Berater des Fürstentrusts. Sie hat es teuer bezahlen müssen. Im Krach der Berliner Terrain- und Baugesellschaft, die mit der Boswau & Knauer A.-G. und der Passage-Kaufhaus-G. m. b. H. innig verknüpft war — alles Arbeit des Fürstentrusts — verlor sie etliche Millionchen, die man still abschrieb. Damit wurde aber auch die Verbindung mit dem Fürstentrust überhaupt gelöst.

Die finanziell und industriell außerordentlich eifrigen Fürsten haben bei all diesen Aktionen bewiesen, daß sie meinten, kapitalistische Tüchtigkeit sei dasselbe wie feudale Selbstherrlichkeit. Bei den Hohenlohewerken flogen abwechselnd Direktoren und Kapitalserhöhungen in die Öffentlichkeit hinaus. Damit die Baugesellschaften des Fürstentrusts zu tun bekommen konnten, wurden Terrainunternehmen gegründet, die wieder Hotelaktiengesellschaften in die Welt setzten. Damit dann wieder die Kredite und Zinsen richtig gezahlt würden, beteiligte man sich an Hotelverwaltungsunternehmen. Darüber hinaus aber auch noch an kunstgewerblichen Möbelfabrikanten und blütenweißen Waschanstalten. Für die Zufuhr von Reisenden sorgt auch die Deutsche Levantelinie, die kürzlich die Auswandererkonzession so gern gehabt hätte, aber bei Wilhelm II. und dem Bundesrat scheint die Verbindung der anderen Seite doch noch besser gewesen zu sein. Kürzlich hat erst wieder die Seetrans-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(30. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

„Niemand glaubt mehr an ihn. Ich aber glaube daran, und da wir einmal soweit sind, uns nichts zu verheimlichen, erkläre ich Ihnen, daß ich auf dem Grunde meines Herzens nie verzweifelt habe, Rosa Brikolin zu heiraten. Ihren Vater dahin zu bringen, einen armen Schwiegersohn anzunehmen, ist doch ein eher mögliches Wunder, als ohne Axt mit meinen Armen jenen großen Baum zu zersplittern. Nun wohl . . . dieses Wunder wird geschehen, obwohl ich das Wie nicht weiß — ich werde eines Tages 5000 Franken besitzen. Ich werde sie beim Planzen des Kohls in der Erde finden, oder in dem Flusse, wenn ich meine Netze auswerfe. Oder noch besser — mir wird eine Idee kommen — gleichviel worüber. Ich werde irgend etwas erfinden, weil, wie man sagt, eine Idee genügt, um die ganze Welt zu revolutionieren.“

„Sie werden Mittel und Wege entdecken, um die Gleichheit bei einer Gesellschaft einzuführen, die nur durch die Ungleichheit besteht, nicht wahr?“ fragte Heinrich mit einem traurigen Lächeln.

„Warum nicht?“ antwortete der Müller mit heiterer Lebhaftigkeit. „Da ich nicht geizig und schlecht sein will und sicher bin, es nie zu werden, ebensowenig als meine Mutter sie soweit gekommen ist, die Aale zu lieben, die sie nicht leiden mochte, so werde ich, wenn ich viel verdient haben werde, plötzlich gelehrter werden müssen als Sie, und in meinem Kopfe finden müssen, was Sie in Ihren Büchern vergebens gesucht, wenn ich das Geheimnis ergründen will, wie ich mit meiner Macht Gerechtigkeit übe und mit meinem Reichtum Glückliche schaffe. Das setzt Sie in Erstaunen . . .? Sind doch, mein Pariser, erkläre ich Ihnen, daß ich noch weniger als Sie von der politischen Oekonomie weiß und auch nicht das geringste davon verstehe. Aber was tut das, wenn ich den Willen und den Glauben habe? Lesen Sie doch das Evangelium. Sie, der Sie so gut darüber reden, haben meines Erachtens ganz vergessen, daß die ersten Apostel nichts besaßen und nichts wußten — wie ich. Aber es heißt, Gott sandte seinen Hauch auf sie herab und sofort wußten sie mehr als alle Schriftgelehrten und Priester ihrer Zeit.“

„O du mein Volk, du weissagst!“ rief Lemor aus, den Müller ungestüm an sich drückend. „Um deinetwillen wird dir Gott Wunder tun . . . auf dich wird der hl. Geist herabsteigen! Du kennst keine Entmutigung, du . . . du zweifelst an nichts. Du fühlst, wie das Herz mächtiger ist als alle Wissenschaft . . . Du fühlst deine Macht und deine Liebe . . . und du rechnest auf das göttliche Licht des Gedankens! Und darum habe ich meine Bücher verbrannt . . . darum wollte ich zum Volke zurückkehren, aus dem meine Eltern mich herausgerissen . . . und darum werde ich bei den Armen und den einfachen Herzen den Glauben und den Eifer suchen, den ich verloren habe, da ich unter den Reichen aufwuchs.“

„Ich verstehe,“ sagte der Müller. „Sie sind ein Kranker, der die Gesundheit sucht.“

„Ach . . . ich würde sie wiederfinden, wenn ich bei Ihnen lebte.“

„Herzlich gern würde ich sie Ihnen geben, wenn Sie mir versprächen, mich nicht mit Ihrer Krankheit anzustecken. Und um gleich den Anfang zu machen, — reden Sie doch vernünftig. Geben Sie mir das Versprechen, daß Sie Frau Marcella heiraten werden, sobald sie einwilligt, wie auch immer ihre Verhältnisse sein mögen.“

„Sie wecken meine Herzensangst von neuem. Sie sagten mir, sie besäße nichts mehr. Dann schienen Sie sich eines anderen zu besinnen und mich überzeugen zu wollen, daß sie noch reich sei.“

„Nun, Sie sollen die Wahrheit erfahren — es war eine Prüfung. Die 300 000 Franken sind noch vorhanden, und Vater Brikolin mag anfangen, was er will — ich werde ihr so gut mit Rat und Tat beistehen, daß sie sie auch behält. Mit 300 000 Franken, mein Bester, können Sie hoffentlich viel Gutes tun, da ich mit 50 000, die ich nicht besitze, die Welt retten zu können behaupte!“

„Ich bewundere Sie und beneide Sie um Ihre Heiterkeit,“ sagte Lemor niedergeschlagen. „Doch Sie haben den Tod in meine Seele einkehren lassen. Ich vergöttere diese engelgleiche Frau . . . und kann nicht der Gatte eines reichen Weibes sein! . . . Ueber die Ehre hegt die Welt Vorurteile, deren Einfluß ich wider meinen Willen erlitten habe und die ich nicht abzuschütteln vermag. Ich könnte dieses Vermögen nicht als das meinige betrachten, das sie ihrem Sohne schuldet und ihm ohne Zweifel auch erhalten will. Ich würde also gar nicht daran denken können, mich durch meinen Reichtum nützlich zu machen, ohne gegen das zu verstoßen, was man Rechtschaffenheit nennt. Und dann würden mich auch Gewissensbisse plagen, ein weibliches Wesen zu Armut und Elend zu verdammen, für das ich eine unendliche Zärtlichkeit hege, und ein Kind, dessen zukünftige Unabhängigkeit ich achte. Ich würde unter ihren Entbehrungen leiden und zu jeder Stunde davor zittern, sie möchten einem allzu harten Leben unterliegen.“

„Ach . . . dieses Kind und diese Frau gehören nicht zu unserer Klasse — sie sind entthronte Herren der Erde, die von ihren einstigen Sklaven die Fürsorge fordern würden, an die sie gewöhnt sind. Sie würden vor Sehnsucht vergehen unter unserm strohbedeckten Dache. Ihre schwachen Hände würden die Arbeit nicht aushalten, und unsere Liebe würde sie vielleicht nicht bis zum Ende dieses Ringens zu stützen vermögen, das uns selbst schon überwältigt . . .“

„Wieder Ihre Krankheit, die Sie von neuem befällt, und der Glaube, der Sie verläßt,“ sagte Ludwig, ihn unterbrechend. „Sie glauben nicht einmal mehr an die Liebe . . . Sie sehen nicht, daß sie um Ihretwillen alles ertragen und sich dabei glücklich fühlen würde? Sie sind einer so großen Liebe wirklich nicht würdig!“

„Ach, teurer Freund . . . . möge sie arm werden, ganz arm, ohne daß ich mir vorwerfen müßte, dazu beigetragen zu haben, und Sie werden sehen, ob es mir an Mut fehlt, ihr beizustehen.“

„Sehr wohl — Sie werden arbeiten, um ein bißchen Geld zu verdienen, wie wir alle arbeiten? Warum ihr Geld so sehr verachten, das doch verdient ist?“

„Ein Armer hat es nicht mit der Arbeit verdient — es ist gestohlenes Geld.“

„Inwiefern?“

„Es ist das Erbe des Raubes ihrer feudalen Väter — es ist das Blut und der Schweiß des Volkes, die ihre Burgen gebaut und ihren Boden fruchtbar gemacht.“

„Das ist wahr! . . . Doch das Geld behält diese Art von Rost nicht. Es hat die Eigenschaft, geläutert oder schmutzig zu werden, je nach der Hand, die es berührt.“

„Nein . . .!“ behauptete Lemor mit leidenschaftlichem Eifer. Schmutziges Geld beschmutzt auch die Hand dessen, der es empfängt.“

„Das ist eine Metapher,“ sagte der Müller in aller Ruhe. „Immer ist es das Geld des Armen, denn durch Raub, Gewalt und Tyrannei wurde es ihm abgenommen. Muß der Arme sich weigern, es wieder zu nehmen, weil Räuberhände es lange festgehalten? . . . Doch wir wollen schlafen gehen, mein Lieber, denn Sie reden dummes Zeug. Sie gehen nicht nach Blanchemont. Weniger denn je bin ich dafür, weil Sie meiner teuren Dame nur Dummheiten zu sagen wissen: Aber potztausend — Sie sollen mi ch nicht verlassen, bevor Sie nicht verzichtet haben auf Ihre . . . warten Sie, ob mir das Wort einfällt . . . auf Ihre Utopien! Ist es so?“

„Vielleicht . . .!“ antwortete Lemor nachdenklich — fortgerissen von dem Wunsche, den Einfluß seines neuen Freundes auf sich wirken zu lassen.

XIX.

Ich weiß nicht, ob es den Regeln der Kunst entspricht, Züge und Kleidung der Menschen, die man in einem Roman

port-G. m. b. H., auch eine Gründung des Fürstentrusts, Bankrott gemacht. In der Kaliindustrie sind selbstverständlich die Fürsten auch stark engagiert. Hier führten sie feudale Transaktionen zwischen Friedrichshall und Saarstedt durch. Mit ihren vier anderen Kaligesellschaften haben sie ihre liebe Not, sie haben für diese Gewerkschaften keine Abwässerkonzession erhalten.

Die Fürsten sind immens reich, sie gedachten mit ihren überflüssigen Barmitteln zeigen zu können, wie man heute großzügig Millionen macht. Jetzt sitzen die Feudalgewaltigen fest und müssen sich gegenseitig Bürgschaft leisten, ihre Industrieaktien lombardieren und den eignen Bruder Bankrott machen lassen. Es ist doch leichter, feudaler Herr in Schlesien zu sein, als bei der rauhen Luft des modernen Kapitalismus Geld machen zu wollen. Getreidewucher und Schnapsgesetzgebung war immer das eigentliche Element feudaler Wirtschaftspraxis; es ist aber doch ein Zeichen der Zeit, daß gerade diese Leutchen sich am Großkapitalismus die Finger verbrannt haben.

Soziales.

Mutterpflichten gehen den Dienstpflichten vor. Zu diesem vernünftigen Grundsatz bekannte sich das Gewerbegericht in Frankfurt a. M. Ein Dienstmädchen, das in einem gewerblichen Betriebe beschäftigt war, hatte um einen freien Nachmittag gebeten, um ihr Kind von einer Pflegestelle in die andere zu bringen. Dies mußte an einem bestimmten Tage eiligst geschehen, da die bisherigen Pflegeeltern den Wohnort verließen. Dem Mädchen wurde der Urlaub wegen eiliger Arbeiten verweigert, für den anderen Tag wurde dagegen ein freier Nachmittag in Aussicht gestellt. Das Mädchen erachtete die Sorge für das Kind wichtiger als die Dienstarbeit und ging ohne Einwilligung ihrer Dienstherrschaft fort. Die Folge war die Entlassung. Der Klage des Mädchens auf Fortzahlung des Lohnes in Höhe von 49 M für die Kündigungszeit wurde die Einrede entgegengehalten, daß die Entlassung wegen Arbeitsverweigerung und unbefugten Verlassens der Arbeit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung berechtigt gewesen sei. Das Gericht verurteilte indessen die Dienstherrschaft zur Zahlung des Lohnes. In der Begründung des Urteils heißt es: „Die Beklagte habe nicht bestreiten können, daß sich die Klägerin aus dem Grund entfernte, um ihr Kind in andere Pflege zu bringen. Diese Fürsorge mußte, weil sie unaufschiebbar war, vorgehen. Die unerlaubte Entfernung aus dem Dienst konnte somit nicht als Arbeitsverweigerung aufgefaßt werden. Die Beklagte wußte, daß die Klägerin ein Kind hatte und mußte mit solchen Arbeitsunterbrechungen rechnen."

Erneute Steigerung der Fleischpreise. In der zweiten Hälfte des Juni haben die Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochendurchschnitt von 52 Orten gegenüber der ersten Hälfte des Juni zumeist wieder zugenommen. Lediglich der Preis von Schweinefleisch ist mit 164,5 Pfg. gegen 164,3 Pfg. für das Kilo ziemlich gleich geblieben. Dagegen ist der Preis für Rindfleisch von 178,7 Pfg. auf 179,3 Pfg., der für Kalbfleisch von 200,7 Pfg. auf 201,1 Pfg., und der für Hammelfleisch von 201,7 Pfg. auf 201,8 Pfg. gestiegen. Schweineschinken im ganzen und Schweinespeck behielten den Preis vom Anfang Juni mit 269,7 und 192,4 Pfg., dagegen stieg Schweineschinken im Ausschnitt von 377,5 Pfg. auf 377,7 Pfg., inländisches Schweineschmalz von 186,2 Pf. auf 186,9 Pfg. und ausländisches Schweineschmalz von 144,3 Pfg. auf 144,4 Pfg.

Nicht erst mit 50 Jahren, sondern schon mit 36 Jahren!

In letzter Zeit sind verschiedene Untersuchungen über das Durchschnittsalter des deutschen Arbeiters veröffentlicht worden. Bürgerlichen Gelehrten ist es wie eine neue fürchterliche Erkenntnis aufgetaucht, daß die Industrie alte Arbeiter nicht gebrauchen kann. Das haben wir aber an der Hand von Tatsachen, wie sie sich täglich seit Jahrzehnten wiederholen, schon längst gesagt.

Wichtiger erscheint uns, daß ausgerechnet der „Arbeitgeber", das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, mit seinem Schriftleiter Tänzler an der Spitze, energisch gegen den Vorwurf ankämpft, daß der Industriearbeiter erst mit — 50 Jahren nichts mehr tauge! Der „Arbeitgeber" mischt sich in die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik hinein, die ja ebenfalls feststellen müßten, daß es keine eigentlich alten Industriearbeiter mehr gibt. „Stahl und Eisen" und der „Arbeitgeber" haben die Sache gleich richtig beim Schopfe gefaßt, und ihren Mitarbeiter, einen sicheren Herrn Dr. Selter einfach beauftragt, die sogenannten Beweise einmal näher zu untersuchen. Es kam dabei das Folgende heraus. Es war z. B. behauptet worden, daß vor 25 Jahren (!) ein Arbeiter der bei der Lokomotivfirma Henschel & Sohn in Kassel um Arbeit angefragt habe, die schriftliche Antwort erhalten habe, Sie können bei uns anfangen, wenn Sie nicht über 35 Jahre alt sind. — Der Regierungsrat Dr. Selter fragte nun bei der Firma Henschel & Sohn in Kassel an, was sie zu dieser Behauptung zu sagen in der Lage sei. Henschel & Sohn antwortete: Wir haben eine Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse; „es besteht ein gewisses Interesse, solche Arbeiter nicht einzustellen, bei denen die Möglichkeit vorhanden ist, daß sie schon nach verhältnismäßig kurzer Mitgliedschaft der Kasse zur Last fallen . . ." Also, Henschel & Sohn hat zwar eine „großartige" Wohlfahrtseinrichtung, „man tut etwas für seine Leute", nur darf es nicht allzuviel kosten! Ja, wenn ein Arbeiter immer erst zwanzig Jahre in eine Kasse steuern muß, um vielleicht einige Groschen zu erhalten, dann ist es auch klüger, er spart sich das Geld und legt es selbst nützlich an! Es kommt aber noch besser! Henschel & Sohn schreiben weiter: Es kann wohl allgemein angenommen werden, daß Arbeiter mit diesen Eigenschaften (fleißig, tüchtig und zuverlässig. D. R.) wenn sie 26 Jahre alt sind, in festen Stellungen sind, und daß diejenigen, die nach Ablauf des sechsunddreißigsten Lebensjahres ihre Stellung noch wechseln, in den meisten Fällen diesen Anforderungen nicht entsprechen."

Wer das noch nicht verstanden hat, mag den folgenden Satz mit der gebührenden Aufmerksamkeit lesen: „Daß sich Arbeiter in späteren Lebensjahren an andere Arbeitsverhältnisse und Arbeitsweisen viel schwerer gewöhnen als jüngere Leute, und dadurch vielfach weniger leisten als diese, erwähnen wir nur nebenbei."!!

Mit sechsunddreißig Jahren ist der Arbeiter also, „wie wohl allgemein angenommen werden kann"! — in den Aufnahmebureaus der industriellen Werke schon nicht mehr gern gesehen! Mit sechsunddreißig Jahren ist ein Arbeiter weder zuverlässig noch fleißig oder tüchtig, wenn er sich dann noch nach anderweitiger Arbeit umsehen muß! So denkt man heute über die Arbeitskraft des Proletariats! Wir möchten nur wissen, ob all die an der Majorsecke gestolperten Offiziere, die mit 36 Jahren als Weinreisende, Versicherungsagenten, Industrieinspektoren und Aufsichtsräte anfangen, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen, auch solch minderwertiges Zeug sind, wie ein Arbeiter, den die Konjunktur alle nasenlang aufs Pflaster geworfen hat und der trotzdem immer wieder unermüdlich nach Gelegenheit sucht, seine Familie anständig zu ernähren!

Sozialdemokratie und militärische Disziplin.

Das Erfurter Bluturteil hat wieder einmal die Aufmerksamkeit des Volkes auf die furchtbare Härte der Militärgerichte gelenkt.

Wenn man von sozialdemokratischer Seite die Rechtlosigkeit des gemeinen Soldaten aufheben will; wenn man die barbarische Härte der Strafen zu mildern wünscht, von denen er bedroht ist, erschallt von der Gegenseite immer wieder das Wort: Disziplin.

Aus „Gründen der Disziplin" kann der gemeine Mann nicht mit schützenden Rechten umkleidet werden. Aus „Gründen der Disziplin" muß die mittelalterliche Härte der Strafen bestehen bleiben. Aus „Gründen der Disziplin" können nicht einmal die entsetzlichen Soldatenmißhandlungen radikal ausgerottet werden. Die Disziplin ist die barbarische Gottheit, der alles Menschliche zum Opfer gebracht wird.

Fragen wir uns demgegenüber in aller Ruhe: Was soll durch die Disziplin erreicht werden?

Es soll erreicht werden, daß die Truppe vor dem Feind den Schrecken des Krieges standhält und sich gut schlägt.

Dieser Geist einer aufopfernden Tapferkeit aber wird niemals durch barbarische Rechtlosigkeit und durch brutale Strafen erreicht. Die feudale Fuchtel verliert im Ernstfall ihre Macht. Verglichen mit den Schrecken des modernen Krieges sinken alle Schrecken der Disziplin zu Nichtigkeiten herab. Die Furcht versagt als Quelle der Disziplin.

Der gute Geist einer Truppe vor dem Feind fließt einzig und allein aus der inneren Politik. Nur wenn die Liebe zu einem freien Vaterlande den einzelnen durchpulst, wird er die Furchtbarkeiten des Krieges auf sich nehmen. Wer das gemeinsame Vaterland wohnlich einrichtet; wer bestrebt ist, es zu einer Stätte der Freiheit und des Glücks zu machen; wer seine Politik so einrichtet, daß das Volk mit seinem Vaterland verwachsen kann, der schafft die Disziplin der Truppe, die im Krieg einzig und allein standhält.

In diesem Sinne hat keine Partei so kräftig an der Möglichkeit eines verteidigungsfrohen Volksheeres gearbeitet, wie die Sozialdemokratie. Und niemand hat so gründlich alle Quellen der Disziplin verschüttet wie die Junker.

Wenn es wirklich um die Disziplin der Truppen vor dem Feind ginge: die Anträge der Sozialdemokraten auf Schaffung eines freien Volksheeres müßten Gehör finden. die Unmöglichkeit, den Soldaten mit einer barbarischen Fuchtel in den Kampf zu treiben, würde jedem in die Augen springen.

Nun handelt es sich aber bei den feudalen Herrschaften gar nicht um die Disziplin der Truppen vor dem Feind, die vielmehr gerade von ihrer Politik vernichtet wird; es handelt sich bei ihnen lediglich um die Disziplin der Truppen vor dem inneren Feind. Wenn der Soldat gezwungen werden soll, auf seine Väter und Brüder zu schießen, muß ihm zuvor allerdings jedes Gefühl des eigenen Rechtes genommen werden und die Furcht vor barbarischen Strafen muß ihn zu der widernatürlichen Handlung treiben.

Weil der preußisch-deutsche Feudalismus das Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht in ein Heer gegen das Volk umgefälscht hat, darf an dem heutigen System der sogenannten Disziplin nicht gerüttelt werden. An diesen Tatbestand wollen wir immer wieder erinnern, wenn sie uns mit den Gründen der Disziplin zu kommen belieben. Die nationale Sicherheit wird in diesem Falle von der Sozialdemokratie vertreten, während es den Junkern lediglich um die Sicherung ihrer landesschädlichen feudalen Gewaltherrschaft zu tun ist.

Nun hat aber glücklicherweise die Fälschung des Volksheeres am Volksheer selber seine Grenzen. Ein Heer, das vom Volke selber gebildet wird, wird sich auf die Dauer niemals zu einem Instrument der Volksunterdrückung machen lassen. Je mehr die Köpfe des Volkes revolutioniert werden, um so mehr werden es auch die Köpfe der Soldaten, die aus dem Volk hervorgegangen sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Opfer des militärischen Beschwerde„rechts". Einen interessanten Beitrag zum Beschwerde„recht" der Soldaten liefert eine Strafsache, mit der sich das Oberkriegsgericht in Dresden zu beschäftigen hatte. Am 8. Mai gegen Mittag hatte der Gefreite Ziegenbalg von der 1. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 108 eine aus 14 Mann bestehende Abteilung nach der Kaserne zu bringen. Auf dem Schießstand erhielt beim Antreten der Schütze Angermann den Befehl, den Patronenkasten zu tragen, obgleich er schon Tornister mit Sandsack und Gewehr zu transportieren hatte. Da Angermann schon lange das Gefühl hatte, daß der Gefreite ihn schikaniere, hielt er auch diese Anordnung für eine Ungerechtigkeit und sagte: „Ich habe doch meine Schießübung erfüllt und Tornister mit Sandsack zu tragen, warum soll ich denn gerade den Patronenkasten tragen!" Darauf ging der Gefreite nicht ein, wollte vielmehr seine Anordnung unbedingt befolgt wissen! Jetzt überlegte sich Angermann, daß der Gefreite als Vorgesetzter in Frage kam und nahm widerspruchslos den Patronenkasten. Kaum hatte sich die Abteilung in Bewegung gesetzt, da befahl der Gefreite Laufschritt, der sich auf eine Strecke von 560 Meter ausdehnte! Schon dabei blieb Angermann infolge Überanstrengung und Erschöpfung mehrfach zurück. Nach dieser Anstrengung befahl dann der Gefreite, daß gesungen werden solle (!!), wozu natürlich die Soldaten nicht fähig waren, denn sie waren ermattet und erschöpft und rangen nach Atem. Als der Gefreite merkte, daß sein „Befehl" unbefolgt blieb, sagte er: „Wenn es euch nicht paßt, können wir ja eine Weile Hinlegen und Aufstehen üben!" Angermann hatte inzwischen Seitenstechen bekommen, war erschöpft und in Schweiß gebadet und sagte zu seinen Kameraden:

---

aufleben läßt, bis in die kleinsten Einzelheiten zu beschreiben. Die Erzähler unserer Zeit — und ich im besonderen — haben die Mode des Porträts vielleicht ein wenig mißbraucht. Doch ist es ein alter Brauch, und in der Hoffnung, daß die Meister der Zukunft unsere Feinheiten verwerfen und ihre Figuren in breiteren Strichen skizzieren werden, fühle ich meine Hand nicht sicher genug, um den ausgetretenen Weg zu verlassen, und will daher das Vergessen wieder gut machen, dessen ich mich bisher schuldig gemacht, indem ich es unterließ, die Gestalt einer unserer Heldinnen hervorzuheben.

Scheint es nicht in der Tat, daß dem Interesse einer Liebesgeschichte, so wahr sie auch sei, eine Hauptsache fehlt, wenn man nicht weiß, ob die weibliche Person mit einer mehr oder weniger bemerkenswerten Schönheit begabt ist? Es genügt nicht, wenn man uns sagt: Sie ist schön. Wenn ihre Abenteuer oder ihre ungewöhnliche Lage unser Erstaunen ein wenig erweckt haben, wollen wir auch wissen, ob sie blond oder braun, groß oder klein, träumerisch oder lebhaft ist und elegant oder einfach in ihrem Aeußeren. Wenn uns gesagt wird, sie ginge auf der Straße vorüber, so eilen wir ans Fenster, um sie zu sehen, und je nach dem Eindruck, den sie bei uns hervorruft, sind wir geneigt, sie zu lieben oder ihr zu verzeihen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen zu haben.

Das war ohne Zweifel die Meinung der Rosa Brikolin. Denn an dem Morgen, der der ersten Nacht folgte, in der sie ihr Zimmer mit der Baronin von Blanchemont geteilt, lag Rosa noch müde auf ihrem Kopfkissen, während die tätigere und früher aufstehende junge Witwe schon ihre Toilette beendete — Rosa prüfte sie aufmerksam und fragte sich, ob diese Pariser Schönheit die ihre auf dem Feste im Dorfe ausstechen würde, das am nächsten Tage stattfinden sollte.

Marcella von Blanchemont war von kleinerem Wuchs, als es scheinen mochte — dank der edlen Proportionen ihres Körpers und der Vornehmheit aller ihrer Bewegungen. Sie war hellblond, doch war es kein jedes Blond, auch kein Aschblond — diese allzusehr gerühmte Farbe, die fast stets die Züge verdunkelt, denn sie ist das Merkmal eines schwachen Körpers. Ihr Blond war lebhaft, warm, goldig, und ihr prachtvolles Haar war eine ihrer größten Schönheiten. In ihrer Kindheit hatte es in außergewöhnlichem Glanze geprunkt, und in ihrer Erziehungsanstalt wurde sie der Cherubim genannt. Mit achtzehn Jahren war sie nur ein sehr angenehmes Persönchen, doch mit zweiundzwanzig hatte sie schon mehr denn eine Leidenschaft entfacht, ohne es zu bemerken. Doch ihre Züge waren nicht sehr ausgeprägt, und ihre Frische wurde oft gemindert von einer ein wenig schwachen Lebhaftigkeit. Um ihre Augen zogen sich dunkle, blaue Ringe, wie das Zeichen einer zerrissenen Seele verrieten und die eine weniger durchdringende Beobachtung der Stimmen einer sinnlichen Natur hätte zuschreiben können. Aber es war unmöglich, selbst keusch zu sein, ohne zu erkennen, daß diese Frau mehr mit dem Herzen lebte als mit dem Geiste, und mit dem Geiste mehr als mit den Sinnen. Ihre wechselnde Gesichtsfarbe, ihr gerader und freier Blick und ein leichter blonder Milchbart auf ihrer Lippe waren bei ihr sichere Anzeichen eines energischen Willens und eines ergebenen, uneigennützigen und mutigen Charakters. Sie gefiel bei dem ersten flüchtigen Blick, ohne zu blenden. Dann aber blendete sie immer mehr, ohne aufzuhören, zu gefallen, und wer sie im ersten Augenblick nicht schön geglaubt, konnte bald weder seine Augen noch seine Gedanken von ihr abwenden.

Die zweite Umwandlung, die in ihr vorgegangen, war das Werk der Liebe. Im Pensionat war sie arbeitsam und fröhlich, und nie hatte sie sich weder Träumereien noch schwermütigen Gefühlen hingegeben, bevor sie Lemor begegnet. Doch indem sie alle Kräfte ihres Willens auf ein einziges Ziel lenkte, hatte diese Zuneigung ihre Gesichtszüge stärker betont und allen ihren Manieren einen seltsamen und geheimnisvollen Zauber verliehen. Niemand wußte um ihre Liebe — jeder fühlte, wie sehr sie fähig war, mit Leidenschaft zu lieben, und alle Männer, die sich ihr genähert, hatten ihr Liebe oder Freundschaft einzuflößen gewünscht. Wegen dieses unwiderstehlich anziehenden Reizes hatte es einen Augenblick gegeben, wo die Frauen sie aus Eifersucht der Koketterie beschuldigt, da sie ihr sittliches Leben nicht angreifen konnten. Nie war ein Vorwurf weniger verdient. Marcella verlor keine Zeit mit dem kindlichen und schamlosen Vergnügen, Begehren zu erregen. Sie dachte nicht einmal, daß sie solches einflößen könnte, und als sie plötzlich der Gesellschaft fern blieb, brauchte sie sich nicht den Vorwurf zu machen, ihre Spuren freiwillig dort zurückgelassen zu haben.

Rosa Brikolin war unstreitig schöner, doch in ihren kindlichen Erregungen weniger geheimnisvoll zu verfolgen und zu erraten. Sie hatte von der jungen Baronin von Blanchemont gehört als von einer Schönheit der Pariser Salons und begriff nicht recht, wie diese müde Blondine sich mit so einfacher Kleidung und so natürlichen Manieren einen solchen Ruf hatte erringen können. Rosa wußte nicht, daß in der überzivilisierten und folglich höchst blasierten Gesellschaft die innere Lebhaftigkeit einen Nimbus um das Aeußere des Weibes breitet, der die klassische Majestät der kalten Schönheit stets zurücktreten läßt. Doch Rosa fühlte, wie natürlich sie Marcella schon liebte. Sie gab sich noch keine klare Rechenschaft über das Anziehende ihres scharfen und lebhaften Blickes, des liebevollen Tones ihrer Stimme, des feinen und wohlwollenden Lächelns und der entschlossenen und großmütigen Bewegungen ihres ganzen Wesens. „Sie ist doch nicht so schön, als ich glaubte," dachte sie.

„Aber wie kommt es denn nur, daß ich ihr gleichen möchte?" Rosa überraschte sie in der Tat, wie sie damit beschäftigt war, das Haar wie sie aufzustecken und unwillkürlich ihre Haltung nachzuahmen und ihre plötzliche und anmutigere Art und Weise, den Kopf zu wenden, und sogar den Tonfall ihrer Stimme. Es gelang ihr ziemlich gut, in wenigen Tagen einen Rest von ländlich-linkischem Wesen abzulegen, das zwar auch seine Reize hatte. In Wahrheit aber war diese Lebhaftigkeit mehr inspiriert als entliehen und verstand sie es, sie sich bald in so hohem Grade anzueignen, daß sie ihre natürlichen Gaben sehr erhöhte. Auch war Rosa nicht ohne Mut und Offenheit. Marcella war eher geeignet, ihr durch äußere Umstände unterdrücktes Naturell zu entwickeln, als Erkünstelungen und reine Nachahmung in ihr zu wecken.

XX.

Während sie im Zimmer hin und her ging, vernahm Marcella eine seltsame Stimme, die aus dem Nachbarzimmer kam — stark wie die eines Ochsen und zugleich heiser wie die eines alten Weibes. Diese Stimme, die nur mit großer Anstrengung einer hohlen Brust entstieg wie einem Grabe, wiederholte mehrere Male:

„Denn sie haben mir alles genommen! . . . . alles genommen, sogar meine Kleider!"

Und eine festere Stimme, die Marcella als die der Großmutter Brikolin erkannte, antwortete:

„Sei doch still, Mann! Davon spreche ich ja gar nicht."

Als sie das Erstaunen ihrer Zimmergenossin bemerkte, übernahm Rosa es, ihr dieses Zwiegespräch zu erklären.

„In unserem Hause hat es stets Unglück gegeben," sagte sie, „und sogar vor meiner Geburt und der meiner armen Schwester wurde unsere Familie vom Mißgeschick verfolgt. Sie haben wohl meinen Großvater gesehen, der so alt aussieht, — so alt? Er ist es, den Sie soeben hörten. Er spricht nicht oft. Aber da er taub ist, schreit er so laut, daß es durch das ganze Haus schallt. Fast immer wiederholt er dieselben Worte: „Sie haben mir alles genommen, alles geraubt, alles gestohlen . . . Von diesen unaufhörlichen Klagen läßt er kaum ab, und wenn meine Großmutter, die eine große Macht über ihn ausübt, ihn nicht zum Schweigen gebracht hätte, würde er es gestern auch zu Ihnen gesagt haben, anstatt guten Tag."

„Und was soll das bedeuten?" fragte Marcella.

„Haben Sie denn nicht von dieser Sache gehört?" antwortete Rosa. „Sie hat doch ziemlich von sich reden gemacht. Aber es ist ja wahr, Sie sind nie in diese Gegend gekommen und haben sich nie darum gekümmert, was sich hier zutrug. Ich wette, Sie wissen nicht einmal, daß die Brikolins schon länger als 50 Jahre Pächter von Blanchemont sind?"

(Fortsetzung folgt.)

„Wer löst mich denn mal ab!" Es traute sich niemand, sich zu melden, weil der Gefreite unmittelbar darauf abermals 250 Meter Laufschritt machen ließ — als Strafe für das unterlassene Singen!! Auch jetzt mußte Angermann infolge Erschöpfung hinter der Abteilung zurückbleiben. Nachdem die Mannschaften wieder in Schritt übergegangen waren, wurden zwei andere Soldaten, die ebenfalls Patronenkästen zu tragen hatten, auf Befehl des Gefreiten abgelöst, obgleich diese keinen Tornister mit Sandsack zu tragen hatten; aber zu Angermann sagte der Gefreite: „Und Sie tragen weiter!" Das tat Angermann auch, blieb aber immer wieder zurück und bat mehrere Kameraden, ihm den Kasten mal abzunehmen. Der Gefreite jedoch paßte zu sehr auf. Nachdem Angermann nach einiger Zeit abermals rief: „Wer löst mich denn mal ab?" erbarmte sich ein Kamerad und nahm den Patronenkasten. Als das aber der Gefreite sah, mußte Angermann den Patronenkasten wieder nehmen und bis zur Kaserne tragen! Durch die Worte: „Wer löst mich denn mal ab?" soll sich Angermann einer „Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam" schuldig gemacht haben, und der mitleidige Kamerad — der den Kasten mal abnahm — soll sogar bestraft worden sein! Durch das Verhalten des Gefreiten war Angermann so empört, daß er seinem Vater davon Mitteilung machte, auf dessen Rat er dann den Gefreiten zur Meldung brachte. Es wurde festgestellt, daß sich der Gefreite Ziegenbalg nicht einwandfrei benommen hatte, weshalb man gegen ihn Tatbericht einreichte, aber eine weitere Folge der Meldung resp. Beschwerde war — eine Anklage wegen angeblicher Insubordination gegen Angermann!! So sieht das Beschwerde„recht" der Soldaten in der Praxis aus, denn bis zu dem Augenblick, wo Angermann die Meldung gegen den Gefreiten machte, hatte niemand etwas Strafbares in dem Verhalten Angermanns gefunden. Vor einiger Zeit standen nun der Schütze Angermann wegen Insubordination und der Gefreite Ziegenbalg wegen rechtswidriger Behandlung vor dem Kriegsgericht. Das Urteil schlägt aber dem Rechtsempfinden direkt ins Gesicht. — Der **Gefreite** wurde **freigesprochen**, der **Soldat** dagegen zu — **drei Wochen strengem Arrest verurteilt!!** Das Gericht war der Meinung, daß der Gefreite den Laufschritt zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung und der Disziplin habe ausführen lassen! Gegen das Urteil legte Angermann — der Gerichtsherr hatte sich bei dem Freispruch des Gefreiten beruhigt — Berufung ein, die aber verworfen wurde; man hielt die Anklage für gedeckt und die Strafe für „durchaus angemessen"!

Das Opfer seines Bildungsdranges. Die phantastisch klingende Karriere vom Hütejungen zum Studenten ist einem armen Teufel recht übel bekommen. Dieser, ein gewisser Serniani, hatte von klein auf Vieh gehütet und nur drei Jahre die Volksschule besucht. In Rom fand er als Ausläufer eines Apothekers Stellung, und es regte sich in ihm die Lust, selbst Chemie zu studieren. Bei seiner geringen Vorbildung war das natürlich unmöglich, und so verfiel der Bursche auf den Gedanken, ein Dokument zu fälschen, um den Glauben zu erwecken, daß er sein Abiturientenexamen gemacht hätte. Die Fälschung gelang, der junge Mann immatrikulierte sich in Perugia, und da er offenbar sehr intelligent war, studierte er wie jeder andere. Natürlich fand sich ein Halunke, der die Fälschung durch einen anonymen Brief zur Anzeige brachte. Serniani brachte es fertig, sich ins Ausland zu retten, aber natürlich forderte das verletzte Bourgeoisprivileg furchtbare Rache. Und furchtbar, wahrhaft furchtbar ist das Urteil des römischen Gerichts ausgefallen, das den armen Hüteknaben, der gern studiert hätte, wegen Urkundenfälschung zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte!

Aus der Partei.

Vom Justizkampf gegen die sozialdemokratische Presse bringt der „Vorwärts" folgende Zusammenstellung: In den verflossenen sechs Monaten des Jahres 1913 wurden gegen sozialdemokratische Redakteure nicht weniger als 104 Urteile gefällt. Es wurden in dem genannten Zeitraum an Strafen verhängt: 39 Monate 8 Wochen Gefängnis und 10745 Geldstrafe. Der Monat April weist den höchsten Stand der Bestrafungsziffern auf, der Januar den niedrigsten. — Auch für die Arbeiterpresse ist 1913 ein „Opferjahr".

Der sozialdemokratische Vizeschultheiß. In Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) nahm der Gemeinderat zum drittenmal einstimmig einen Protest an, weil der wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht bestätigte Genosse Klatt durch einen genehmeren Vizeschultheißen ersetzt werden soll. Zugleich beschloß der Gemeinderat, den vom Landrat ernannten neuen Vizeschultheißen nicht als solchen anzuerkennen und den Gemeindekassierer anzuweisen, demselben kein Gehalt auszuzahlen.

Über den neuen sozialdemokratischen Fraktionssekretär bringt der „Berl. Lokal-Anz." und ihm folgend die ganze bürgerliche Presse eine alberne Falschmeldung. Der „Lokal-Anzeiger" schreibt in seiner Sonnabend-Abendausgabe: „Wie wir erfahren, wird im Reichstagswahlkreise Stuttgart demnächst eine Ersatzwahl erforderlich werden. Der bisherige Vertreter, Reichstagsabgeordneter Hildenbrand, wird an Stelle des verstorbenen Abg. Zietsch zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt werden, siedelt infolgedessen nach Berlin über und beabsichtigt, sein Mandat im Reichstage und zum württembergischen Landtage niederzulegen. Wenn man bedenkt, daß verschiedene sozialdemokratische Abgeordnete, die ihren ständigen Wohnsitz in Berlin haben, auswärtige Wahlkreise im Reichstage vertreten, so wird man wohl zu dem Schluß berechtigt sein, daß der angegebene Grund nur ein Vorwand ist. Hildenbrand ist den Stuttgarter Genossen radikaler Färbung längst ein Dorn im Auge und von ihnen wiederholt aufs schärfste bekämpft worden. Hierin dürfte die eigentliche Ursache seiner Mandatsniederlegung zu erblicken sein." — Hierzu bemerkt der „Vorwärts": „Der „Politiker", der das zusammengeschrieben hat, gehört zu der Kategorie der überschlauen Leutchen, die die Flöhe husten hören. Die Wahl des Fraktionssekretärs ist einzig und allein Sache unserer Fraktion. Und da der Reichstag erst im November wieder zusammentritt, wird die Wahl auch nicht früher stattfinden. Ob diese auf Genossen Hildenbrand fallen wird, weiß heute noch kein Mensch. Am allerwenigsten aber hat das Amt eines Fraktionssekretärs irgend etwas mit dem Mandat zu tun."

Gewerkschaftsbewegung.

Die Besetzung des Haupttarifamts im Baugewerbe. In dem Reichstarifvertrag (Haupttarif) für das Baugewerbe wurde, als neue Fassung, für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Vertrage auch Bestimmungen aufgenommen worden über die Errichtung von Tarifämtern und ein Haupttarifamt. Näheres ist über die Zahl der zu errichtenden Tarifämter nicht festgelegt worden; es bleibt den Vertragsparteien in den Bezirken und Lohngebieten überlassen, die Zahl der Tarifämter nach Bedarf zu regeln. In den Bestimmungen werden nur die Aufgaben und die Zusammensetzung dieser Instanzen und ebenso die für das Haupttarifamt erwähnt. Für das letztere wurde festgesetzt, daß das Spruchkollegium aus drei Unparteiischen und einem ständigen Stellvertreter bestehen soll, die von den vertragschließenden Zentralorganisationen bezeichnet werden sollen. Sofern sie sich über die Besetzung nicht einigen können, soll die Ernennung auf das Reichsamt des Innern übertragen werden. Nach einer am 26. Juni in Breslau abgehaltenen Sitzung unter den Vertretern der Vertragsparteien hat man sich geeinigt, die bisherigen Unparteiischen, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner-München, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Bürgermeister Rath-Essen zu ersuchen, auch für die neue Tarifperiode in das Haupttarifamt einzutreten. Als ständiger Stellvertreter ist Gewerberichter Dr. Hiller-Frankfurt a. M. gewählt worden. Die vier genannten Herren haben sich bereit erklärt, das ihnen angebotene Amt anzunehmen, so daß die Besetzung des Haupttarifamts für das Baugewerbe dadurch erledigt ist. Voraussichtlich wird die erste Sitzung des Haupttarifamts am 14. Juli in Berlin stattfinden. Diese Sitzung das Haupttarifamts, für die eine Tagesordnung nicht aufgestellt ist, wird sich in der Hauptsache mit der Abfassung einer Geschäftsordnung event. auch für die Tarifämter beschäftigen müssen und in die Erledigung der bereits vorliegenden Streitfälle kaum eintreten können. Dazu wird die Anberaumung einer neuen Sitzung notwendig sein, die hoffentlich nicht allzu weit hinausgerückt wird.

Von der Stolper Streikjustiz. Die Stolper Gerichte erleichtern seit Wochen den bestreikten Bauunternehmern die Arbeit. Vermutlich sind auch die Justizbehörden der Ansicht, die Streikenden kriechen weit eher zu Kreuze, wenn ihre angeblichen Streikvergehen exemplarisch bestraft werden, als wenn man in Anbetracht der bei jedem Streik obwaltenden Umstände Milde walten läßt. Anders ist es nicht zu erklären, daß selbst bei den geringfügigsten Vorkommnissen die Übeltäter mit Gefängnisstrafen von ein und mehreren Monaten bedacht werden. Am Donnerstag wurden wieder einige Streikfachen abgeurteilt. In einem Fall war der Maurer Müller angeklagt, bei einem Auflauf einem Waldarbeiter, der als arbeitswilliger Zimmerer nach Stolp gekommen war, ein paar Ohrfeigen versetzt zu haben. Der Amtsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis; das Schöffengericht erkannte auf 2 Monate. Der Anklagevertreter will sich bei dem Urteil nicht beruhigen; er hat Berufung eingelegt. In einem zweiten Fall wurde der Maurer Remus zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige zugereiste arbeitswillige Maurer beleidigt haben sollte. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate Gefängnis beantragt. — Diese harten Urteile der Stolper Gerichte gegen Streikende werden nicht dazu beitragen, das Vertrauen der Arbeiter zur Justiz zu heben.

Werftarbeiterstreik. Auf der Weiseschen Schiffswerft in Barby a. d. Elbe haben sämtliche 30 dort beschäftigten Arbeiter wegen Nichtbewilligung einer Lohnforderung die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter hatten um eine Erhöhung des gegenwärtig 25 bis 38 Pfg. betragenden Stundenlohnes um 5 Pfg. gebeten, waren damit jedoch abgewiesen worden; der Unternehmer wollte nur der Hälfte der Arbeiter eine Zulage von 2 Pfg. gewähren.

Die Deportation.*)

Auch in Deutschland gibt es Schwärmer für die Deportation der Verbrecher. Sie sind in erster Reihe in jenen Kreisen zu suchen, die auch Fanatiker des Richtbeils sind und sich bei jeder Gelegenheit für die Prügelstrafe einsetzen. In ihren menschenfreundlichen Träumen sehen sie schon die Sandwüsten Südwestafrikas und die Fiebersümpfe Kameruns von deutschen Sträflingen besiedelt, und sicher verlockt sie der Gedanke der Deportation deshalb nicht am wenigsten, weil sie hoffen, auch politische Gegner dorthin entsenden zu können, wo der Pfeffer wächst. Wenn die Liebert und Oertel und Westarp & tutti quanti an die Möglichkeit denken, etwa alle sozialdemokratischen „Hetzer" und „Verführer" auf Nimmerwiedersehen übers Weltmeer zu schicken, läuft ihnen sicher das Wasser im Munde zusammen.

Angesichts nun der neuerlichen Versuche, das Deportationssystem auch auf Deutschland zu übertragen — Versuche, die sich bis zu einer Anregung im Reichstage verdichtet haben — ist ein Buch von höchstem Interesse, in dem auf Grund eingehender Studien und Reisen über Wesen und Wirken der Deportation berichtet wird. Als der Verfasser, Dr. Robert Heindl, Assessor auf der Polizeidirektion München, seine Reise antrat, stand er dem Problem vollkommen vorurteilsfrei gegenüber, lediglich als ein guter Kenner der einschlägigen Literatur. Als er, voll reicher Erfahrungen, zurückkehrte, geschah es als entschiedener Gegner der Strafverschickung, der durchaus die Ansicht eines höheren Beamten in Neukaledonien teilte: „Die Deportation ist der Ruin eines Landes."

Das Buch, in dem Heindl über seine Eindrücke in Neukaledonien, auf den Andamanen, in der spanischen Strafkolonie Ceuta und an einigen gleichgearteten Orten berichtet, ist flott und flüssig geschrieben, vielleicht ein wenig zu flott, denn mit einer gewissen forcierten Schneidigkeit legt er gern Zynismen wie den folgenden hin: „Der Hausknecht des Hotels ist, wie ich zu meinem Bedauern hören mußte, Witwer. Der Arme verlor seine Frau kurz vor seiner Abreise nach Neukaledonien, weil er sie ermordete." Dergleichen Dinge sind nicht nach jedermanns Geschmack, und verraten zudem, wenn sie sich wie hier häufen, einen Mangel an Gestaltungskraft und wirken eintönig. Aber von diesen Schönheitsfehlern abgesehen, ist das Buch wertvoll durch die Erkenntnisse, die es vermittelt, und wenn neben Neukaledonien auch die anderen Verschickungsorte reichlich zu kurz kommen, genügen gerade die Erfahrungen in der französischen Verbrecherkolonie, um alle Anhänger der Deportation ad absurdum zu führen.

Grund für Grund nämlich, den sie zur Stütze ihrer Theorien vorzubringen pflegen, wird in dem Heindlschen Buche widerlegt, nicht einer bleibt unerörtert. Gern hängen die Anhänger des Verschickungssystems ihrer mittelalterlichen Gesinnung das Mäntelchen der Humanität über und reden verzückt und begeistert davon, wie im Gegensatz zu Zuchthäusern und Gefängnissen die wertschaffende Arbeit in der freien Luft gleich zuträglich sei, der Besserung diene und aus dem Gefallenen schließlich wieder ein „geachtetes Mitglied der menschlichen Gesellschaft" mache. Nun steht es aber leider mit der Gesundheit der Deportierten genau wie mit ihrer werteschaffenden Arbeit, ihrer Besserung und der Achtung, die sie sich erringen: alles vier existiert nur in der Phantasie der Deportationsschwärmer. An der Hand statistischer Tabellen weist Heindl nach, daß, auf die gleiche Zahl Sträflinge ausgerechnet, die Ziffer der Krankheitstage sich beläuft in

	Neukaledonien	franz. Zuchthäusern
für das Jahr 1900 auf	109 303	auf 86 300
„ „ „ 1902 „	102 260	„ 84 000
„ „ „ 1904 „	93 479	„ 74 800

Dabei ist das Klima Neukaledoniens verhältnismäßig ideal zu nennen. In der Fieberhitze von Neu-Guyana, das man nicht umsonst die „trockene Guillotine" genannt hat, sterben Jahr für Jahr, wie die amtliche Statistik offenbart, 8, 9, 10, 11, 12, ja 14 und 15 vom Hundert aller Sträflinge. „Todesstrafe", sagt Heindl mit Recht, „ist humaner als solche Vivisektion."

Was die Besserung angeht, betonen die Verfechter der Deportation mit besonderer Vorliebe, daß in einer Strafkolonie für eine ganze Menge von Delikten die Möglichkeit fehlt. „Dem Münzverbrecher", schreibt etwa Wagner in seinem Buch „Die Strafinseln", „fehlt es an geeigneten Metallen und Werkzeugen, dem Notzüchter an weiblichen Opfern, dem Urkundenfälscher an Papier und Federn, dem betrügerischen Bankrotteur an vertrauensseligen Gläubigern, dem Bahngefährder an Schienengleisen usw. usw." Demgegenüber betont Heindl, daß Sittlichkeitsdelikte in Neukaledonien sehr häufig vorkommen, Urkundenfälschungen ebenso häufig wie in anderen Ländern, Brandstiftung, Betrug und Unterschlagung keineswegs unbekannte Dinge sind — auch von Münzverbrechen hat man schon gehört. Hemmungslos aber tobt sich das Laster der Päderastie aus, dem wohl jeder verfällt, das gerade die jüngeren Elemente als umworbene „Königinnen" in seinen Bannkreis zieht, und das so wieder zur Ursache zahlreicher Leidenschaftsverbrechen wird. Die Kriminalstatistik von Neukaledonien berichtet für ein Jahr von 56 Fällen von Mord und Totschlag bei einer Kopfzahl von 9800 Sträflingen. In London müßten, die gleiche Verbrechensziffer vorausgesetzt, jährlich 35 000 Morde begangen werden, statt wie in Wirklichkeit 10 bis 20.

Daß der deportierte Sträfling sich wieder in die Achtung der „Gesellschaft" emporarbeiten könne, ist, wie Neukaledonien zeigt, ein Nonsens. Jeder Freie kennt den Freigelassenen und keiner würde mit ihm auch nur Gruß und Händedruck tauschen: die bestraften Verbrecher, die freigelassen in der Großstadt leicht untertauchen und hier vielleicht noch einmal ein neues Leben beginnen können, gehören in der Strafkolonie ein für allemal zur Kaste der Verfemten und Geächteten, denen sogar der Eingeborene mit schwer verholener Verachtung begegnet. Die meisten suchen denn auch, statt den Versuch zu machen, sich „emporzuarbeiten", ihr Heil in der Flucht. Auch mit der von den Deportationsschwärmern gerühmten Sicherheit gegen Entkommen ist es nichts. Bis 1904 waren nach Neukaledonien 22 000 Verurteilte deportiert, Fluchtversuche wurden unternommen 13 227, von denen 944 gelangen. Während also rund 4½ Proz. der Deportierten entkamen, betrug die Zahl der Fluchtversuche in den französischen Strafanstalten nur 0,1 Prozent.

Und nun zu der vielbenannten „werteschaffenden Arbeit". Die Arbeit der Sträflinge gleicht im Wesen der Sklavenarbeit und in der Tat gab es eine Zeit, wo die neukaledonischen Verurteilten wie Sklaven verschachert wurden und ihre Arbeitskraft einen Handelsartikel bildete. Im Jahre 1873 verlangte ein Engländer namens Higginson von der Regierung wegen einer Vertragsverletzung Schadenersatz und erhielt ihn in Sträflingsarbeitstagen ausbezahlt, d. h. die Strafverwaltung verpflichtete sich, ihm zwanzig Jahre hindurch je dreihundert Sträflinge zu liefern und für ihre Verpflegung und Ueberwachung selbst zu sorgen. Der industriöse Mister Higginson verkaufte diese Sträflinge an eine Gesellschaft zum Abbau von Nickel weiter und löste aus diesem Sklavenhandel ein schönes Stück Geld. Das ist ein Fall von mehreren Fällen des Menschenschachers, wie er durch die Kritik des Parlaments jetzt abgestellt ist, ohne daß natürlich die Arbeit der Sträflinge in eine andere ethische Kategorie eingerückt wäre. Daß mit Sklaven statt mit freien Arbeitern zu arbeiten aber heute ein nationalökonomischer Unsinn und ein verschwenderischer Luxus ist, zeigt die Tatsache, daß ganz Neukaledonien nach fünfzigjähriger Kolonisierungstätigkeit nicht mehr als 150 Kilometer Straßen besitzt und daß der Kilometer der Regierung auf 60 000 Fr. zu stehen kommt! Nicht mit Unrecht betont Heindl, „daß die Arbeit von zehn Sträflingen nicht annähernd derjenigen eines einzigen freien Mannes gleichkommt". Nicht viel anders geht es mit der Elite der Freigelassenen, denen ein Stück Land zur Bebauung überwiesen wird. Von rund 1500 Konzessionären, über die eine Statistik aus dem Jahre 1891 berichtet, waren nur 13 Proz. „gut", von 49 Proz. konnte man annehmen, „daß sie sich eine Existenz schaffen werden", über 13,5 Prozent läßt sich das Urteil der Enquetekommission noch zweifelhafter aus und von 24 Proz. heißt es, „definitiv verloren für die Strafkolonisation". Das ist ein klägliches Ergebnis, und seit dem Jahre 1891 haben sich die Dinge noch verschlechtert. Der Durchschnittswert der Produkte einer Konzession beläuft sich im Jahre auf ganze 439 Frank, und das auf dem besten, fruchtbarsten Boden, auf dem die Kleeäcker neunmal im Jahre gemäht werden können!

Nach allem versteht man die Fragen, die Heindl sich beim Betreten Neukaledoniens vorlegt, aus der Verwunderung heraus, „daß die Hauptstadt des metallreichen, gesunden Neukaledonien nach fünfzigjähriger Kolonisation über das Entwicklungsstadium eines australischen Buschstädtchens noch nicht hinausgediehen war: „Woran mag das liegen? Was lähmt die Unternehmungslust dieser herrlichen Kolonie? Was hält den freien Einwanderer von diesem Land des ewigen Frühlings ab?" Und man hat auch die Antwort: die Deportation!

Aber unsere Deportationsfanatiker wird natürlich die Bilanz dieses Werkes trotz alledem nicht eines Besseren belehren, wie auch alle Argumente gegen die Prügel- und Todesstrafe sie nicht von ihrem reaktionären Blödsinn abbringen können.

*) Dr. Robert Heindl. Meine Reise nach den Strafkolonien. Mit vielen Originalaufnahmen. Verlag Ullstein u. Co., Berlin, Wien.

Aus Nah und Fern.

Soviel Lärm um einen Vornamen. Einem Einwohner in Ebersdorf (Sachsen) ist vor kurzem ein Mädchen geboren worden. Da es üblich ist, die jungen Erdenbürger mit Namen zu belegen, so tat dies auch der Vater und nannte seine Tochter Erna Lassaline, mit dem Rufnamen Erna. Gegen den Namen Lassaline scheint sich aber das Kirchenbuch gesträubt zu haben, denn der Mann bekam folgendes Schriftstück ins Haus geschickt:

Beschluß des Kgl. Amtsgerichts Frankenberg vom 27. Juni 1913.

Zu dem Eintrag der Geburtsurkunde Nr. 53 des Standesamtes Ebersdorf vom Jahre 1913 ist gemäß § 65 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 folgender Randvermerk zu bringen:

Auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts Frankenberg wird der Vorname Lassaline als unzulässig gelöscht.

Die Frage, welche Vornamen Eltern ihren neugeborenen Kindern beizulegen berechtigt sind, gehört dem öffentlichen Rechte an. Die Auswahl ist nicht auf die etwa im Kalender oder im amtlichen Vornamensverzeichnisse stehenden oder nach Herkommen gebräuchlichen Vornamen beschränkt, wohl aber sind beliebig erfundene oder anstößige Vornamen durch die Rücksicht auf das Wohl und die Interessen des Kindes ausgeschlossen. Die Wahl eines solchen Vornamens seitens des Vaters des Kindes stellt sich als ein Mißbrauch des dem Vater nach § 1631 B.-G.-B. zustehenden Erziehungsrechts dar.

Der Vorname „Lassaline" ist willkürlich erfunden, er hat offenbar dem Namen Lasalle nachgebildet werden und an ihn erinnern sollen.

Der Antrag der Königl. Amtshauptmannschaft Flöha auf Löschung des Vornamens ist daher gerechtfertigt.

Dr. Bähr.

Ausgefertigt am 5. Juli 1913.

Der Gerichtsschreiber
des Kgl. Amtsgerichts Frankenberg.
Förster, Exped.

Selbstverständlich läßt sich über die „Schönheit" des Namens „Lassaline" streiten, denn die „Geschmäcker" sind eben sehr verschieden. Wenn wir z. B. an die armen Geschöpfe denken, die die hübsche Bezeichnung „Aegir" führen müssen, so erfaßt uns inniges Mitleid. Aber es ist natürlich ganz willkürlich, den Namen Lassalle als anstößig zu bezeichnen. Außerdem: Weshalb mag man wohl den Namen nur mit einem s geschrieben und diesen Buchstaben und die beiden ll in der Zuschrift unterstrichen haben? Ferner: Der § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird vom Gesetzgeber kaum dazu geschaffen worden sein, „revolutionäre" Namen zu verhindern, denn der Paragraph spricht davon, daß der Vater den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen hat und angemessene Zuchtmittel anwenden kann.

Ein preußisches Beamten-Idyll. In der großen deutschen Kinderstube gibt es viele folgsame patriotische Kinder. Herr von Breitenbach aber scheint die artigsten zu haben. Man lese nur dieses köstliche Rundschreiben:

„Eisenbahnverein Cöln.

An die Herren Vertrauensmänner!

Von dem Regierungsrat Winkel zu Königsberg i. Pr. ist ein vornehmlich für das Regierungsjubiläum des Kaisers bestimmtes Band herausgegeben worden, das zugleich als Vivatband für alle patriotischen und Vereinsfeste des ganzen Jahres dienen wird und am 16. Juni und 18. Oktober d. J. möglichst allgemein getragen werden soll.

Das Doppelband besteht aus zwei durch eine Messingöse zu einer Schleife verbundenen verschiedenfarbigen Einzelbändern. Die Farben der Bänder sind rot, blau oder gelb. Geliefert wird in verschiedenen Farben nach Wahl der Generalvertriebsstelle der Firma Gräfe u. Unzer in Berlin.

Das Vivatband trägt die Bilder des regierenden Kaisers und des Königs Friedrich Wilhelm III. sowie die Bildnisse von Staatsmännern und Heerführern, die an der Befreiung des Vaterlandes vor 100 Jahren hervorragenden Anteil haben und folgenden Aufdruck:

„Dem Kaiser Heil! Seit 25 Jahren
Hat er regiert mit starker Hand.
All Deutschland, halt in Mühen und Gefahren
So treu wie er zum Vaterland!
Denk' an die Helden, die uns einst befreiten,
Ihr Alles opferten der Pflicht,
Und zage nicht, selbst in den schwersten Zeiten,
Denn Gott verläßt die Deutschen nicht."

Das Band wird an der Achsel bezw. linken Brustseite befestigt und zu dem für die Eisenbahnvereine ermäßigten Preise von 25 Pf. das Stück geliefert.

Durch Erlaß von Harzburg, den 14. Mai 1913 IV. 42 $\frac{138}{266}$ hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigt, daß den Eisenbahnbediensteten gestattet wird, an den bevorstehenden vaterländischen Feiertagen das Vivatband **zur Dienstkleidung** zu tragen." (Unterschrift.)

Ist das nicht reizend? Ein kgl. preußischer Regierungsrat erdenkt Vivatbänder, Se. Exzellenz der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten widmet dem Vivatband einen feierlichen Erlaß und die kgl. preußischen Eisenbahnbeamten lassen das Band stolz von der linken Seite ihrer deutschen Mannesbrust im Winde flattern. Der Eisenbahnminister kann mit seinem Vivatvölkchen zufrieden sein. So lange sich die Eisenbahnbediensteten mit solchem Spielzeug vergnügen, braucht er ihre Forderungen nicht zu fürchten.

Auch ein „vaterländisches" Werk. Die Tage der Jahrhundertfeier in Breslau haben 306 schlesische Schnapsbrennereien benutzt, eine neue Brennerei-Genossenschaft zur besseren Ausnutzung der Brennrechte zu gründen. — An der Spitze dieses „volksfreundlichen" Unternehmens stehen u. a. Graf Strachwitz, Rittergutsbesitzer von Korn-Rudelsdorf, von Mischke-Collende, Hauptmann Martschke, Rittmeister Kaiser, Regierungsrat Rojan. — Der schlesische Adel, der das Volk vor dem Hauptmannschen Festspiel bewahrte, sorgt dafür, daß den breiten Massen anderer „Geist" zugeführt wird.

Abscheulicher Lustmord. Vor einigen Tagen, zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags, wurde im Hotel Quittner in Mährisch-Ostrau an dem 10½ Jahre alten Mädchen Sofie Barta von dem 23 Jahre alten Versicherungsagenten Ad. Nediela ein grauenhafter Lustmord verübt. N. unternahm hierauf einen Selbstmordversuch. Er hatte das Kind an sich gelockt unter dem Vorwande, er wolle es mit einem Briefe wegschicken. Im Hotel angekommen, schnitt er die Schnur der Fenstervorhänge ab, warf das Mädchen auf das Bett, vergewaltigte es auf scheußliche Weise und erdrosselte es hierauf mit den Fensterschnüren. Dann erhängte er sich selbst am Fensterbalken. Gegen 5 Uhr nachmittags hörte das Stubenmädchen aus dem Zimmer Röcheln, und verständigte sofort die Polizei. Diese schnitt den N., der noch lebte, ab und konstatierte an dem Mädchen, einen Lustmord. Das Kind wurde in die Totenkammer überführt, der Mörder in das städtische Krankenhaus gebracht. Die Eltern des Kindes hatten von dem Verbleiben des Kindes keine Ahnung und erstatteten um 9 Uhr abends die Abgängigkeitsanzeige. Als ihnen die Ermordung des Kindes mitgeteilt wurde, fielen beide Eltern ihn Ohnmacht. Nediela beging im Krankenhause nochmals Selbstmordversuch, indem er seinen Kopf an der Wand zu zertrümmern suchte. Er wurde jedoch von seinem Vorhaben abgehalten. Nediela war wiederholt im Irrenhause. Es besteht der Verdacht, daß N. auch die beiden Lustmorde an Kindern in Friedeck verübt hat.

Explosionen. In einer Ziegelfabrik zu Chateney sur Seine bei Paris erfolgte eine Kesselexplosion. Sie wurde mehrere Kilometer weit vernommen. Sämtliche Fensterscheiben der Nachbarschaft wurden zerschmettert und es wurde ein solcher Luftdruck erzeugt, daß die Häuser zitterten. Die ganze linke Seite der Ziegelei wurde zertrümmert. Auch der übrige Teil des Hauses droht einzustürzen. Sieben Arbeiter wurden in dem nahegelegenen Schlafsaal, der völlig in Trümmer ging, getötet. Die Leichen waren schrecklich verstümmelt. Es verlautet, daß zehn Verletzte nach einem Hospital in Paris gebracht worden sind; sie befinden sich jedoch nicht in Lebensgefahr. — In einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Xeres hat eine Explosion stattgefunden. Die Frau des Fabrikanten, der Fabrikant selbst und ein Arbeiter sind schwer verbrannt worden. Die Fabrik wurde zerstört. Die anstoßenden Häuser brennen.

Ein neues Verbrechen des Massenmörders Hopf. Durch die Untersuchung des Gerichtschemikers in Frankfurt a. M. ist jetzt festgestellt worden, daß der Artist Hopf, der bereits fünf Personen durch Gift ermordet hat, auch seine Mutter, die im Jahre 1911 starb, vergiftet hat. Vor einiger Zeit wurden, wie erinnerlich, die Aschenreste der Leiche der Frau auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ausgegraben und zur näheren Untersuchung an den Gerichtschemiker übergeben. Dieser hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß die Asche bedeutende Quantitäten von Arsenik enthält. Hopf hat den Mord ausgeführt, um in den Besitz der Erbschaft seiner Mutter in Höhe von 30 000 Mark zu gelangen.

Die Hochwasserkatastrophe in Ungarn. Nach den neuesten Meldungen aus Budapest sind die durch das Hochwasser im Marostodaer Komitat angerichteten Schäden unbeschreiblich. In zahlreichen Gegenden steht das Wasser 1½ Meter hoch. Zirka 15 Ortschaften sind vollständig zerstört worden. Nach amtlichen Angaben dürften allein durch Hagelschlag und Wirbelwind etwa 80 Menschen ihr Leben eingebüßt haben. Der Eisenbahnverkehr ist auf 8 Linien wegen Einsturzes der Brücken und Unterwaschung der Dämme eingestellt worden, ebenso der Schiffsverkehr zwischen Szegedin und Csonograd. Ueberall sind die Erträge der Felder vernichtet, sodaß der Schaden viele Millionen beträgt.

Eisenbahnunfälle. Auf dem Nikolausbahnhof in Moskau ist ein Zug, den der Lokomotivführer nicht rechtzeitig zum Stehen bringen konnte, durch eine Wand des Bahnhofgebäudes gefahren. Eine Person ist getötet worden, sieben Personen wurden schwer verletzt. — Sonntag nacht 1 Uhr stießen in der Nähe des Bahnhofes in Dijon zwei Züge zusammen. Eine Person wurde getötet, zwei schwer und 27 leicht verletzt. — Bei dem Eisenbahnunglück von Colchester, das durch den Zusammenstoß eines Expreßzuges mit einer Lokomotive verursacht wurde, sind vier Personen getötet worden. Der erste Wagen des Zuges ging völlig in Trümmer. Der Speisewagen wurde schwer beschädigt. Die Zahl der Verletzten ist noch unbekannt.

Liebesdrama. In dem Hause Uhlandstraße 125 in Wilmersdorf haben der 21 Jahre alte Erich Buchheim und die 22jährige Verkäuferin Else Bothe durch Einatmen von Gas ihrem Leben ein frühes Ende gesetzt. In einem an die Mutter des Buchheim gerichteten Briefe wird als Motiv die Aussichtslosigkeit einer ehelichen Verbindung angegeben.

Großfeuer. In Widdershausen an der Werra sind acht Bauernhöfe abgebrannt. Große Erntevorräte sind ein Raub der Flammen geworden. Auch viel Vieh ist umgekommen. Der entstandene Schaden beträgt 80 000 Mark, der teilweise durch Versicherung gedeckt ist. Es wird Brandstiftung vermutet.

Literarisches.

Soeben erschien in der Buchhandlung Vorwärts Heft 36 der Arb.-Ges.-Bibl.: Dr. Thesing, Die Berufskrankheiten der **Maurer und Bauhandwerker.** 31 S. Nach den Buchdruckern, Gasarbeitern, Schneidern und Textilarbeitern fährt die Arb.-Ges.-Bibl. in der Darstellung der Einzelberufe fort mit den Maurern und Bauarbeitern. Der Verfasser spricht aus langjähriger Erfahrung über diese beiden — wirtschaftlich wie gesundheitlich — so verschiedenen Gruppen von Bauarbeitern, das Menschenmaterial, die Arbeitsbedingungen und die Einwirkungen des Berufes auf die Gesundheit. An eine Einführung in die Untersuchungs- resp. Bearbeitungsmethoden schließen sich Kapitel über Arbeiter und Arbeitsverhältnisse im Bauberufe, die Arbeitsbedingungen, die Tätigkeit des Maurers, des Bauarbeiters, die statistischen Ergebnisse, die Erkrankungen der Maurer und Bauarbeiter und die Maßnahmen zum Schutz vor diesen Erkrankungen. Besonders eingehend wird die Statistik behandelt (Leipziger und Berliner Ortskrankenkasse, sowie die Zentralkrankenkasse der Maurer und des Verfassers eigene Beobachtungen in Magdeburg), um den Leser selbst in den Stand zu setzen, sich über die Krankheiten und Sterblichkeit dieses Berufes ein zutreffendes Bild zu machen, dessen Einzelheiten in dem nächsten Abschnitt über die hauptsächlichsten Erkrankungen der Maurer und Bauarbeiter weiter ausgeführt werden. — Möge die fleißige Arbeit fleißige Leser finden!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein Sieg der deutschen Industrie!

2 Pfg. das Stück

Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden — Inh.: Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

4896

Engelhardt Malz- u. Caramel-Bier

überall käuflich.

alkoholarm, pasteurisiert. ärztlich empfohlen.

Friesen-Brauerei A.-G.
Hamburg-Altona.

Hauptniederlage für Lübeck bei
Fr. Kropf, Lübeck, Biergroßhandlung u. Brauerei, Glockengießerstr. 87.
3426) Telephon 458. Telephon 458.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schottische Karre sofort billig zu verkaufen (5446
Sedanstraße 12, part.

Gefunden ein Trauring
beim grauen Esel. (5461
Kronsforder Allee 127, II.

Bestes Ragolda Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor.
Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.
1 Pfd. nur 55 Pfg.
Überall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Dienstag, den 15. Juli
nachmittags 3 Uhr:
Eröffnung
meines Spezial-Geschäftes für
Braut- und Baby-Ausstattungen
5458) sowie Wäsche-Anfertigung.
Paul Fr. Beerbaum
Fernruf 3231 Lübeck Breite Straße 21.